

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
(1/4 Sgr. für die fünfgepat-
tene Zeile oder deren Raum:
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

An die Zeitungsleser.

Beim Ablauf des Quartals bringen wir in Erinnerung, daß hiesige Leser für dieses Blatt 1 Nthlr. 15 Sgr., auswärtige aber 1 Nthlr. 24 Sgr. 6 Pf., als vierteljährliche Pränumeration zu zahlen haben, wofür diese, mit Ausnahme des Sonntags, täglich erscheinende Zeitung durch alle königlichen Postämter der ganzen Monarchie zu beziehen ist. — Bei Bestellungen, welche nach Anfang des laufenden Vierteljahres eingehen, können die früheren Nummern nur nachgeliefert werden, so weit der Vorrath reicht.

Zur Bequemlichkeit des hiesigen geehrten Publikums werden, außer der Zeitungs-Expedition, auch die Herren Kaufleute
Jacob Appel, Wilhelmstraße Nr. 9,
Carl Borchardt, Friedrichs- und Lindenstr.-Ecke Nr. 19,
M. Gräber, Berliner- und Mühlenstraßen-Ecke,
S. Knäper, Ecke der Schützenstraße,
Roschmann Labischin & Comp., Schuhmacher-
straße Nr. 1,
A. Kunkel jun., Wasserstr. Nr. 31,
Adolph Laß, Wilhelms-Platz Nr. 10,
J. N. Leitgeber, gr. Gerberstr. Nr. 16,
Pajewski, Wallischei Nr. 95 neben der Apotheke,
Joseph Wache, Alten Markt Nr. 73, und
F. A. Wuttke, Capiechaplatz,

Pränumerationen auf unsere Zeitung pro des Quartal annehmen, und wie wir, die Zeitung am Nachmittage um 4 Uhr ausgeben. Das Abonnement kann zwar für hiesige Leser auch bei dem königlichen Postamt hieselbst erfolgen, wir bemerken indeß, daß in Folge höherer Anordnung im Preise kein Unterschied mehr zwischen dem auswärtigen und dem Lokal-Debit gemacht wird.

Wichtige telegraphische Depeschen enthält die Posener Zeitung schon an demselben Tage, während die Berliner Blätter dieselben erst am nächsten Morgen hieher bringen können; bei außerordentlichen Ereignissen erscheinen **Extrablätter**.

Posen, den 18. März 1862. Die Zeitungs-Expedition von W. Decker & Comp.

Amtliches.

Berlin, 18. März. Se. Majestät geruhen am 14. d. Nachmittags um 4 1/2 Uhr im hiesigen königlichen Schlosse in Gegenwart der Prinzen des königlichen Hauses, der obersten Hofchargen, der Minister des königlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, und des Ober-Commodanten, dem hiesigen königlich spanischen Gesandten, Marquis de la Ribera, eine Audienz zu erteilen und aus den Händen desselben die Insignien des von Ihrer Majestät der Königin von Spanien Sr. königlichen Hoheit dem Kronprinzen verliehenen Ordens vom goldenen Vliese in Empfang zu nehmen, mit welchen Se. Majestät, im Auftrage Ihrer Majestät der Königin von Spanien, Sr. königliche Hoheit den Kronprinzen beehrte. Demnach hatte der Marquis de la Ribera, die Ehre, Sr. Majestät dem Könige in besonderer Audienz ein Schreiben Ihrer Majestät der Königin von Spanien zu überreichen, wodurch er von seinem bisherigen Posten als königlich spanischer Gesandter am hiesigen Hofe abberufen wird.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Provinzial-Regimentar, Rechnungsrath Stark zu Stettin und dem Stadt-Wundarzt Johann Gottlieb Hildebrandt zu Berlin den Rothen Adlerorden vierter Klasse zu verleihen; ferner: Dem Gerichts-Rath Ernst Karl Hermann Meiner zu Magdeburg zum Garnison-Auditeur in Wesel zu ernennen; so wie den nachbenannten Offizieren die Erlaubniß zur Anlegung der ihnen verliehenen Orden zu erteilen, und zwar: Des Großkreuzes des Großherzoglich-luxemburgischen Ordens der Ehrenkrone: dem Kommandeur der 8. Kavallerie-Brigade, Generalmajor Grafen zu Münster-Weinbrietel; des Distriktskreuzes desselben Ordens: dem Geniedirektor des Bundesfestung Lubenburg, Oberlieutenant Rückert, genannt Burchardi; des Kommandeurkreuzes des königlich schwedischen Schwerordens: dem Kommandeur des 3. Thüringischen Infanterie-Regiments Nr. 71, Obersten von Blumenthal; des Kommandeurkreuzes zweiter Klasse des Herzoglich anhaltinischen Gesammthaus-Ordens Albrechts des Bären: dem Kommandeur des Rheinischen Dragoner-Regiments Nr. 5, Oberlieutenant von Schoenermarck; des Fürstlich schwarzburgischen Ehrenkreuzes zweiter Klasse: dem Hauptmann von dem Busche im Kriegsministerium, so wie des Verdienstkreuzes des Herzoglich sachsen-erzherzoglichen Hausordens: dem Premier-Lieutenant von Dettinger im 3. Thüringischen Infanterie-Regiment Nr. 71; und dem Secunde-Lieutenant Freiherrn Dr. v. Drollitz von Loewenclau im 1. Thüringischen Infanterie-Regiment Nr. 31.

Der bisherige Staatsanwalt Sander in Meseritz ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte zu Raminz und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Posen mit Anweisung seines Wohnsitzes in Raminz und mit der Verpflichtung, statt seines bisherigen Titels den Titel Justizrath zu führen, ernannt worden.

Der bisherige Rechtsanwalt und Notar Sikus zu Beuthen D.-S. ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Grottkau, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Dittmachau, und der Rechtsanwalt und Notar Lehenheim in Dittmachau in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Beuthen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Beuthen, veretzt worden.

Die Ernennung des Kreisrichters Teubner in Wittstock zum Rechtsanwalt und Notar in Liebenwerda ist auf dessen Antrag zurückgenommen und dagegen der Kreisrichter Pasche in Perleberg zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte in Liebenwerda und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Naumburg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Liebenwerda, ernannt worden.

Angelommen: Se. Durchlaucht der Oberst-Schenk, Prinz Biron von Curland, von Wartenberg.

Abgereist: Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath Dr. Camphausen, nach Köln, und Se. Excellenz der Erb-Land-Marschall im Herzogthum Schlesien, Kammerherr Graf von Sandrezky-Sandraschütz, nach Saganbielau.

Nr. 66 des St. Anz. enthält Seitens des R. Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten eine Verfügung vom 13. Januar 1862, betr. die Kompetenz zur Befreiung von Polizeistrafen wegen Kanalkontraventionen und den Bezug der Strafgebühren; ferner Seitens des k. Kriegsministeriums eine Verfügung vom 1. März 1862, betr. die Bestimmungen über die Ergänzung des auf Lebenszeit angestellten Beamtenpersonals bei den Militär-Magazin-Verwaltungen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Montag 17. März. General Graf Schlick ist heute Mittag gestorben.

Triest, Montag 17. März. Das bisher vor Antivari stationirt gewesene türkische Geschwader ist nach Unter-Albanien abgegangen.

(Eingeg. 18. März 9 Uhr Vormittags.)

Das Ministerium der liberalen Aera und das Land.

Das Ministerium will von dem letzten Botum des Abgeordnetenhauses Berufung einlegen an das Land, und es hat den ersten Schritt dazu durch Auflösung des Abgeordnetenhauses gethan. Wie aber soll die Frage formulirt werden, auf welche das Ministerium eine Antwort vom Lande erwartet? Was sollen die Freunde des Ministeriums den Wählern sagen und zu Gemüthe führen, um sie für eine entschiedene Parteinahme zu Gunsten des Ministeriums zu gewinnen? Inhalt oder Form des Hagenschen Antrages zum Kerne

des Konflikts zu machen, wird eine vergebliche Mühe sein; dazu ist er schlechterdings nicht angethan, weder nach der Stellung, die das Ministerium vorher zu ihm eingenommen, noch nach seiner prinzipiellen Tragweite, noch nach seiner nächsten praktischen Wirkung. Und im Uebrigen, wenn irgend ein Bestandtheil des Konstitutionalismus geschichtlichen Boden und feste Wurzeln im preussischen Volke besitzt, dann ist es das allständische Recht der Steuerbewilligung und der Kontrolle über den Staatshaushalt; je mehr gerade heute der Steuerdruck zunimmt und unsere Finanzen an Ordnung abnehmen, desto mehr Gewicht muß auf jenes Recht gelegt und desto zäher jedem Versuche, es illusorisch zu machen, Widerstand geleistet werden. Was aber soll sonst zur Parole der ministeriellen Partei erhoben werden? „Vertrauen“ zu dem Ministerium? Das Wort ist in den Wahlen des Jahres 1858 längst abgenutzt und bis auf den letzten Rest aufgebraucht worden. Damals hatte er seinen guten Sinn als Ausdruck der Hoffnungen und zuverlässigen Erwartungen, welche die Personen der neuen Minister und ihre Namen von bewährtem Klange in der Nation erweckten. Seitdem ist das Ministerium Hohenzollern vier Jahre im Amte gewesen und wer heute wiederum Vertrauen zu ihm predigt, der wird die Ansprüche darauf ernsthaft zu erweisen haben durch vollgültige Titel zweifelloser Akte aus seiner bisherigen Amtstätigkeit. Wir fürchten aufrichtig, diese Titel werden schwer aufzufinden sein. Wo sind die Thaten in der auswärtigen oder inneren Politik zu suchen, welche als Verdienste des Ministeriums aufzuführen wären? Hat es dem Staate Zuwachs an äußerer Macht, Ehre und Ansehen errungen? Hat es die Niederlage von Olmütz gehöhnt und die Dinge in Deutschland vorwärts gebracht? Der Bundestag, die unveränderte Mithra in Kurhessen und Schleswig-Holstein antworten: nein! Hat es im Innern organische Reformen durchgeführt, die Wunden, welche die Reaktionszeit der Verwaltungsordnung, der Integrität des Beamtenthums und der ganzen öffentlichen Gefittung geschlagen, geheilt? Die immer wieder vorgeführte Grundsteuerregulirung ist von zu zweifelhaftem Charakter, um auch nur einen geringen Ersatz für die große Zahl der unbefriedigt gebliebenen Bedürfnisse einer durchgreifenden Verbesserung in Gesetzgebung und Verwaltung darzubieten. Welches sind überhaupt die politischen Grundzüge des Ministeriums, für die sich das Volk begeistern und eine Partei fest zusammenschließen könnte? Sind es die des Handelsministers, als er noch Mitglied des Ministeriums Manteuffel war, oder irgend welche unter der liberalen Aera später von ihm angenommene? Sind es die Grundzüge des Grafen Schwerin, als er noch Führer der Opposition gegen das Ministerium Manteuffel war, oder irgend welche späteren, die er als Minister des Innern verfolgt hat? Oder ist das einheitliche Prinzip, welches das Ministerium zusammenhält, in seinem neuen Vorstehenden, dem Prinzen von Hohenzollern, dem bisherigen Präsidenten des Herrenhauses, zu suchen? Wir wünschen wohl, die offiziöse Presse gebe der gouvernementalen Partei auf alle diese Fragen etwas klarere Antworten, als dies bisher geschehen.

Doch vielleicht sind es wenn nicht die Tugenden des Ministeriums, doch die Sünden des Abgeordnetenhauses, aus denen politisches Kapital für ministerielle Wahlen gemacht werden kann. Wir zählen nicht zu den Anhängern der sogenannten eigentlichen Fortschrittspartei und haben niemals mit ihr konfektirt. Aber selbst der entschiedenste Gegner dieser Partei wird, wenn er ehrlich ist, ihrer parlamentarischen Haltung nicht den Vorwurf machen können, daß sie durch allzubestimmtes Drängen, extravagante Forderungen und übermäßige Petulanz ein Zusammengehen oder doch Nebeneinanderbestehen mit dem Ministerium unmöglich gemacht hätte. Daß die liberalen Gesegentwürfe der Regierung nur kühl aufgenommen wurden, da man gegenüber dem Herrenhause auf die ernste Absicht ihrer Durchführung nicht rechnen durfte, und daß die anderen Reformprojekte zum Ausbau der Verfassung im liberalen Sinne amendirt werden sollten, konnte dem Ministerium wahrlich keine Anlegenheiten bereiten. Auf diesem legislativen Gebiete war das Ministerium durch das Herrenhaus so glücklich stützt, daß selbst der Möglichkeit jedes wirklichen Konflikts vorgebeugt war. So wird man denn auf die Aussichten des Militärbudgets, auf die verstickten Absichten und die verdächtigten Gesinnungen der nicht ministeriellen Majorität hinweisen müssen, um das „his niger est, hunc tu Romano cavoto“ den Wählern — doch nicht beweisen zu können.

Unter so bewandten Umständen wird das Ministerium unsehlbar binnen drei Monaten im günstigen Falle demselben Abgeordnetenhause gegenüberstehen, das von ihm aufgelöst worden ist, im ungünstigen aber eine noch größere, nunmehr gereizte, geschlossene

auf jeden Kampf vorbereitete oppositionelle Majorität sich gegenüber sehen. Was aber dann? Gleichviel ob die liberalen Minister dann noch im Amte sind oder nicht: daß sie Sr. Majestät den Rath der Kammerauflösung geben und die Auflösungsordre gegenzeichnen konnten, wird immer eine der bemerkenswerthesten Unbegreiflichkeiten bleiben, welche von diesem an irrationalen Dingen so überreichen Ministerium der Gegenwart zur Lehre und den kommenden Geschlechtern zur Warnung überliefert werden.

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 17. März. [Die beiden Parteien im Ministerium; Wahrscheinlichkeit eines Sachministeriums; europäische Mahnung an Danemark.] Die Ministerkrisis dauert fort, insofern wenigstens eine definitive Entscheidung noch immer nicht getroffen ist. Aus den bisherigen Verhandlungen hat sich jedoch das eine Ergebnis herausgestellt, daß die Unverträglichkeit der im Hohenzollern-Auerswald'schen Kabinett vereinigten Elemente jetzt allseitig anerkannt wird. Die Berufung des Prinzen Hohenzollern zum Vorgesitz im Staatsministerium war eben ein letzter Versuch des Königs, einen Kompromiß zwischen den widerstrebenden Ansichten herbeizuführen. Indessen die Nothwendigkeit, ein bestimmtes politisches Programm für die Neuwahlen zu entwerfen, brach der Uebereinstimmung zwischen den beiden Fraktionen des Ministeriums nicht zu erzielen sein würde. Damit war die Auflösung des Kabinetts ausgesprochen. Ueber die Vorschläge der liberalen Minister, welche dem in der „Allg. Berliner Zig.“ veröffentlichten Programm der konstitutionellen Partei entsprachen (s. Nr. 63), habe ich Ihnen schon nähere Mittheilungen gemacht. Da für diese Vorschläge die Allerhöchste Zustimmung nicht in Aussicht genommen werden konnte, so haben die liberalen Minister dem Könige ihr Entlassungsgesuch eingereicht, während die andere Fraktion des Kabinetts ihr Programm durch den Grafen Bernstorff an allerhöchster Stelle vorlegen ließ. Man zieht aus diesen Vorgängen allgemein den Schluß, daß Letzteres im Wesentlichen mit den eigenen Intentionen des Königs im Einklang stehen dürfte. Dann wäre die natürliche Folge wohl die Bildung eines sogenannten Sachministeriums, welches, ohne unmittelbaren Anschluß an eine der bestehenden Parteien, auf den Grundlagen des Regentenschaftsprogrammes von 1858 die Regierung fortzuführen suchen würde. Es würden dann die Minister Graf Bernstorff, v. d. Heydt und General v. Moos wahrscheinlich in ihrem Departement verbleiben und das Kabinett durch Heranziehung entsprechender Kräfte ergänzen. Doch komme ich darauf zurück, daß noch keine Entscheidung getroffen ist, und daher auch noch ein plötzlicher Umschwung der Situation gar nicht außerhalb der Möglichkeit liegt. Jedenfalls ist zu konstatiren, daß der König noch mit der liberalen Fraktion des Kabinetts in Unterhandlung ist. — Auch der „Constitutionnel“ berichtet jetzt, daß die Kabinette von Paris, London und Petersburg an Danemark die Aufforderung gerichtet haben, seine aus den Vereinbarungen von 1851 und 1852 entspringenden Verpflichtungen in Betreff Schleswigs zu erfüllen. Das französische Blatt hebt hervor, daß diese Verpflichtungen nicht bloß die Einverleibung Schleswigs in Danemark verbieten, sondern auch die Rechte der deutschen Nationalität in Schleswig gewährleisten.

(Berlin, 17. März. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Der König nahm heute Vormittags die regelmäßigen Vorträge entgegen und begab sich alsdann in das Hotel des Staatsministeriums, wo er mit Herrn v. Auerswald über eine Stunde konferirte. Mittags empfing der König den Besuch des Herzogs von Schleswig-Holstein-Augustenburg und hatte darauf eine Konferenz mit dem Prinzen zu Hohenzollern-Ingelfingen und dem Handelsminister v. d. Heydt. Um 5 Uhr war dem Herzoge von Augustenburg zu Ehren im königl. Palais Diner, an welchem auch der Kronprinz und andere Mitglieder der königl. Familie theilnahmen. Heute Vormittags wohnte der Kronprinz der Kompagnievorstellung des zweiten Garderegiments bei. Seine Gemahlin kehrte erst Anfangs April vom Schlosse Windsor nach Berlin zurück. Einige Personen von ihrer Begleitung, sowie ein Theil der Dienerschaft sind bereits heute früh von dort hier eingetroffen. — Zur Feier des Geburtstages des Königs werden am 22. d. M. im königl. Palais lebende Bilder und das Lustspiel „Der Arzt“ aufgeführt, außerdem sollen auch musikalische Vorträge stattfinden. Vormittags wird die zweite Frühjahrsparade abgehalten. — Der Prinz zu Hohenzollern-Ingel-

fingen und die Minister v. d. Heydt, Graf Bernstorff und v. Moon haben gestern und heute im Hotel des Handelsministeriums lange konferirt. Das neue Ministerium steht noch immer nicht fertig da. Wie ich heute gehört, treten seiner Bildung mancherlei Schwierigkeiten entgegen. Graf Wittberg und Camphausen sind bereits wieder abgereist; dagegen hatte der Prinz zu Hohenlohe heute eine Unterredung mit dem Regierungspräsidenten v. Möker. — Der Minister Graf Bernstorff hatte heute eine längere Besprechung mit dem türkischen Gesandten Aristarchi Bei. — Den durch die Verlegung des Grafen v. d. Holtz nach Petersburg erledigten Gesandtschaftsposten in Konstantinopel hat der königl. Gesandte in Athen, v. Werthern, erhalten. Der Graf Oriolla, Gesandter in Haag, wird hier einen längeren Aufenthalt nehmen, um sich von einem Augenleiden heilen zu lassen. — Ein Stud. Schöppe hat bekanntlich dem Grafen Blandensee einige 90,000 Thlr. in Aktien u. entwendet und war deshalb verhaftet. Von diesem Gelde hatte er nach seiner Aussage 4000 Thlr. im Apothekengebäude des königl. Schlosses unter einem Schranke versteckt und wurde er deshalb am Sonnabend Mittags von zwei Kriminalbeamten dorthin geführt. Mit der Lokalität genau vertraut, entsprang Schöppe seinen Begleitern an der Wendeltreppe und entkam glücklich. Anfangs glaubte man, daß derselbe falsche Angaben gemacht und nur eine Gelegenheit zur Flucht gesucht habe, stellte jedoch endlich Nachforschungen an und holte richtig in dem Korridor unter einem Schranke des Geheimraths Dahms die 4000 Thlr. aus ihrem Versteck hervor. In Haft befindet sich auch der Vater, ein Landprediger, der in Frankfurt a. D. den Versuch machte, 300 Thlr. von dem gestohlenen Gelde umzusetzen.

[Wahlaufruf der deutschen Fortschrittspartei.] Von Seiten des Zentral-Wahlkomit6 der deutschen Fortschrittspartei ist so eben der nachstehende Aufruf erlassen worden:

Die liberalen Parteien des Vaterlandes waren fast durchgängig einverstanden über die Ziele der politischen Bestrebungen, welche das Wahlprogramm vom 9. Juni 1861 aufstellte. Sie hatten auch jetzt an diesen Zielen fest. Nur in der Beurtheilung der Vergangenheit und in den Mitteln der Gegenwart gehen sie auseinander. Der Aufruf der deutschen Fortschrittspartei vom 29. September 1861 mahnte zur kräftigen Verfolgung dieser Ziele, so wie zur Einigung aller liberalen und nationalen Anstrengungen gegen die reaktionäre Feudalpartei, welche damals die Meise annahm, als könnte sie durch die Hilfe des preussischen Volkes die ihren Händen 1858 entnommene Herrschaft wiedergewinnen. Gegen sie haben die Wahlen des vorigen Jahres unwiderrüflich entschieden. Im unverwundlichen Widerspruch mit den lebendigen Kräften unserer Zeit wird diese Partei, die nie den Staat, sondern nur ihre Stellung im Staate will, durch die Wahlen und mit dem Willen des preussischen Volkes niemals wieder in Preußen regieren. Sie ist nichts, sobald sie nicht von der Macht der Regierung künstlich gestützt und getragen wird. Aber die Hoffnungen auf ein energisches Fortschreiten, welche sich an die Wahlbewegung des vorigen Jahres knüpften, haben sich nicht verwirklicht. Die Männer, denen Se. Majestät der König im Jahre 1858 unter den freudigen Erwartungen seines Volkes die Regierung anvertraute, haben weder mit dem Abgeordnetenhaus von 1859, über dessen Mehrheit sie verfügen konnten, noch mit dem von 1862, welches entschieden liberal, jeden liberalen Schritt des Ministeriums zu unterstützen bereit war, die Bahn der Reformen betreten, welche die freiheitliche Entwicklung unseres Staates sichern und aus der ungewissen Uebergangszeit eines beginnenden Verfassungslebens zu den festen Formen eines geordneten Rechtsstaates führen sollten. Die Verheißungen eines zeitgemäßen Ausbaus unserer noch in den wesentlichen Punkten unvollendeten Verfassung und einer Wiederanknüpfung der Gesetzgebung an die große Zeit der preussischen Wiedergeburt sind nicht erfüllt worden. Zu einem Theil entsprachen die Vorlagen der Regierung in der geschlossenen Legislaturperiode nicht diesen Verheißungen, zum anderen mußte sie ausichtslos an dem Widerspruch des Herrenhauses scheitern, an dessen notwendige Umgestaltung die Hand nicht gelegt ist.

In der Wahlbewegung des letzten Herbstes konnten wir noch hoffen, daß Ministerium werde, getragen von dem fortschreitenden Bewußtsein des Volkes, eine entscheidende Politik in der Richtung einschlagen, welche unserem Vaterlande Noth thut, um seine Stelle unter den Völkern Europas mit Ehren zu behaupten. Das können wir jetzt nicht mehr. Um so notwendiger ist es, daß die Volkvertretung ohne Rücksicht auf die Person der leitenden Staatsmänner, unabhängig und entschlossen der Regierung gegenüber das verfassungsmäßige Recht des Volkes wahre. In der Gesetzgebung und Verwaltung kann das Haus der Abgeordneten für den Augenblick wenig erreichen. Sein unmittelbarer Einfluß auf diesen Gebieten ist gering. Seine Einwirkung wird mit Eifersucht und Mißtrauen betrachtet. Aber eine entscheidende Macht hat es in der Kontrolle über die Geldmittel des Landes. Hier hat es daher die unabwiesliche Pflicht, diese Kontrolle unbeirrt nach bestem Wissen und Gewissen zu üben, sie nicht zu einem leeren Schein werden zu lassen, durch ihre Handhabung auch auf andere Reformen hinzuwirken. Die Regierung erhebt noch überall den Anspruch, ihren Willen allein entscheiden zu sehen, macht noch überall den absolutistischen Vorbehalt, ihrerseits jedes Zugeständnis an die Volkvertretung zu verweigern, keine Schranke ihres Gutbefindens anzuerkennen, die Nachgiebigkeit immer nur von der anderen Seite zu verlangen. Als sie in der Annahme eines Antrages, welcher dem verfassungsmäßigen Recht der Bewilligung und Ueberwachung der Staatsgelder Wirksamkeit und Nachdruck geben sollte, ein Vorzeichen fand, daß die Mehrheit des Abgeordnetenhauses entschlossen war, sich nicht von der Regierung abhängig zu machen, sondern selbständig in den Fragen zu entscheiden, welche seiner verfassungsmäßigen Beschlußnahme unterliegen, da löste sie das Haus auf. Sie ließ es nicht zur sachlichen Entscheidung über die Militärvorlagen kommen, für welche sie in diesem Hause keine unbedingte Zustimmung mehr erwartete. Die erste wichtige Angelegenheit der inneren Politik, welche nach der schwerfälligen Geschäftsordnung des Hauses zur Abstimmung gelangte, vereinigte gegen die verdrösten Wünsche der Regierung die Mehrheit der Abgeordneten und zeigte sie entschlossen, rückhaltlos nach dem zu handeln, was sie als ihre Pflicht erkannte. Ein längerer Bögern war hier nicht zulässig, denn einmal drohte die Gesetzesvorlage über die Ueberrechnungskammer das unzureichende Herkommen, welches die Bewilligung der Geldmittel durch die Volkvertretung fast bedeutungslos machte, für die Zukunft gesetzlich zu befestigen. Und andererseits dürfte eine strenge Festlegung der Militärausgaben nicht länger hinausgeschoben werden, wenn nicht die Eassen der dreijährigen Dienstzeit und des übermäßigen Militäraufwandes, welche jeder erwünschten Verbesserung auf anderen Gebieten hindernd entgegenstehen, unänderlich werden sollten. Wir glauben, daß die allgemeine Wehrpflicht zur vollständigen Entwicklung der Wehrkraft des Volkes nur dann durchführbar ist, wenn neben anderen Erparungen durch die Einführung der zweijährigen Dienstzeit für die Infanterie unter Vebelhaltung der vollständigen Grundlagen des Heeres die Opfer an Geld und Menschenkräften erleichtert werden. Sollte die Verfassung nur dienen um Geld und Soldaten in größerem Maße zu beschaffen, als es ohne sie jemals möglich gewesen wäre, so hätte sie in der That wenig Werth. Wir meinen, daß diejenigen der Krone und dem Volke gleich schuldig sind, welche beide in Konflikte bringen. Wir meinen, daß die wahren Interessen beider in Preußen untrennbar zusammenfallen, und daß man nicht das Königthum bekämpft, wenn man eine Anforderung der Regierung ablehnen zu müssen glaubt. Die Regierung mochte mit einigem Rechte annehmen, daß die bedeutenden Verhandlungen, welche in der nächsten Zeit bevorstehen, den Einfluß und das Ansehen der liberalen Mehrheit im Lande stärken und die Aussichten auf ministerielle Neuwahlen mindern würden. Daher beehrte sie die Auflösung, ohne auch nur vorher eine vorläufige Bewilligung der Staatsausgaben zu verlangen. Wir aber hoffen, das preussische Volk wird sich über die Lage der Dinge nicht täuschen. Im vorigen Jahre hat es dem Aufruf vom 29. September 1861 gemäß eine Mehrheit von Abgeordneten gewählt, die den Standpunkt eines wahren, verfassungsmäßigen Konstitutionalismus rückhaltlos vertreten. Wir erwarten, es wird jetzt dasselbe thun.

Die Minister haben Berufung an das Volk eingelegt, durch die Wahl neuer Vertreter seine Meinung kund zu geben. Wir hoffen auf einen ungewiderrüflichen Ausdruck derselben. Die Sache liegt einfach. Es gilt diesmal nicht, Wünsche oder Hoffnungen zu verwirklichen, sei es schneller oder langsamer, sei es mehr oder minder. Es handelt sich nur um das Eine, nicht zu weichen von dem verfassungsmäßigen Rechte, ohne welches die Abgeordneten die Pflichten ihres Mandates nicht erfüllen können. Wir sind überzeugt, daß die Regierung sich weder auf einem gedeihlichen Wege, noch im Einklang mit der Einsicht und dem Will-

len des Volkes befindet, wenn sie durch die neuen Militärereinigungen die wirtschaftlichen Kräfte des Landes übermäßig anspannt, wenn sie daneben den geistigen und materiellen Interessen die freie Entwicklung verweigert, welche die Spannkraft des Volkes erhöhen würden, und wenn sie für die übergroßen Eassen nicht einmal durch die Erfolge einer volksthümlichen und nationalen Politik entschädigt. Wir hoffen, das preussische Volk wird in einem Konflikte, welcher nicht bloß die Hoffnungen eines raschen und sicheren Fortschritts verdüstert, sondern sogar die schon errungenen Güter des verfassungsmäßigen Rechts in Frage stellt, die Besonnenheit und die Ausdauer bewahren, welche die ersten der politischen Tugenden und die Bürgen des Sieges sind. Der Zukunft sicher, hoffen wir aus den neuen Wahlen eine Mehrzahl von Männern hervorzuheben zu sehen, die pflichtgetreu das Recht des Volkes wahren, die in den Tagen ernster Entscheidung den Boden der Verfassung ungeschmälert behaupten, auf dem sich allein in gesetzlicher Ordnung das Banner des Fortschritts entfalten kann. Eine Niederlage auf diesem Boden würde ein schweres Uebel für Preußen, für ganz Deutschland sein. Wir erinnern an die laute Zustimmung, die wir bei den letzten Wahlen in allen Theilen des deutschen Vaterlandes fanden, die sich auch jetzt für die Schritte der Volkvertretung ausspricht. Ueberall sind die Augen erwartungsvoll auf den Ausgang gerichtet. Die Feinde Preußens hoffen auf eine lärmende Fortdauer des begonnenen Haders. Das deutsche Volk aber, welches wohl der preussischen Regierung, nicht aber dem preussischen Volke entfremdet werden kann, weiß, daß die Zukunft Preußens nur in der freiheitlichen Entwicklung liegt, und daß diese in Preußen für ganz Deutschland gesichert werden muß. Die Strömung des öffentlichen Geistes ist dieser Entwicklung günstig, und das preussische Volk hat eine Gelegenheit, etwas für die Sache des Fortschritts in Europa zu thun. Die Größe der Sache verlangt, daß jeder Freund des Vaterlandes das Seine thue, den Erfolg zu sichern, damit für jetzt ein verderbliches Rückwärts abgewendet werde, und damit bald ungehemmt der alte Siegesruf erschalle — ein energisches Vorwärts! Berlin, 14. März 1862. Das Zentral-Wahlkomit6 der deutschen Fortschrittspartei. v. Anruh, Vorsitzender (Berlin). Behrend (Danzig). Delbrück (Berlin). S. Dunder (Berlin). Elster (Berlin). v. Jordan (Sibing). Fortmann (Leipz.). Dr. Feje (Lübeck). Haebler (Sommerau bei Syllau). v. Hennig (Pionoch bei Wroß). Freiherr v. Hoyer (Niedelstorf bei Warenburg). Kochmann (Berlin). Dr. Vangerhaus (Berlin). Dr. Lindner (Berlin). Dr. Löwe-Salbe (Berlin). Dr. Otto Eining (Mgda). Dr. Matthaei (Berlin). D. Michalek (Berlin). v. Meibom (Berlin). Müllersieffen (Grenzdanz bei Witten). Müller (Demin). Parisius (Gardelegen). Dr. Pauc (Sörzig). Pieker (Raumburg). E. Reichenheim (Berlin). v. Rönne (Solingen). Kunge (Berlin). Schulze (Delitzsch). Dr. W. Siemens (Berlin). Taddel (Berlin). Twesten (Berlin). Dr. Wichow (Berlin). Dr. Zabel (Berlin).

[Ein Schreiben des Herrn v. Bethmann-Hollweg.] Der Berl. Allg. Ztg. entnehmen wir folgende Mittheilung: Die Aeußerung, die Herr v. Bethmann-Hollweg am 4. d. im Hause der Abgeordneten gethan und die nach dem stenographischen Bericht lautet: „Ich habe früher bereits gesagt, nur das Heidenthum, das Judenthum u. d. ich füge heute hinzu, der Atheismus ist unduldsam, sie sind verfolgungsfüchtig“, hatte am Tage darauf zu einer von Dr. Beit an den Minister der Unterrichtsangelegenheiten gerichteten Aufforderung Veranlassung gegeben, vor Beginn der nächstfolgenden Debatte die obige Behauptung zurückzunehmen zu wollen. Eine hierauf noch an demselben Tage ergangene Antwort gab zu einer nochmaligen Erörterung von Seiten des Dr. Beit Veranlassung, die sodann durch das nachfolgende Schreiben, zu dessen Veröffentlichung wir ermächtigt sind, beantwortet wurde:

Em. Wohlgeboren gefällige Zeilen vom 8. d. M. bezeichnen das obwaltende Mißverständnis als noch ungelöst, und da das Urtheil eines von mir hochgeachteten Mannes und des Kreises, dem er angehört, mir keineswegs gleichgültig ist, die unerwartete Wendung der öffentlichen Dinge aber mir die Gelegenheit, bei fortgesetzter parlamentarischer Debatte jenes Mißverständnis aufzuklären, entzogen hat, so muß ich dies schon, unter Benutzung des ersten freien Augenblicks, noch einmal schriftlich versuchen. Ich wiederhole also, daß die Worte, die ich am 4. d. M. vom Ministerstische sprach, in ihrer Kürze vielleicht mißverständlich waren, auf die jüdische Gemeinde der Gegenwart aber keine Beziehung hatten, diese Beziehung auch nicht haben konnten, da sie, wie die frühere Aeußerung vom 25. April 1860, an welche sie erinnern, eine andere Religionsform der alten Welt, das Heidenthum, daneben stellten. Daß ich auf die israelitische Religion des alten Bundes einen Malet zu werfen nicht beabsichtigte, daß ich ein aufrichtiger Bewunderer derselben und der dadurch bedingten Ordnungen dieses Volkes bin, brauche ich Ihnen als einem theologisch gebildeten Manne, der meinen Standpunkt kennt, nicht erst zu versichern. Bemerken will ich aber ausdrücklich, daß die milden, vor allen Dichten des Alterthums hervorragenden Bestimmungen des mosaischen Gesetzes in Betreff der Fremdlinge (Levit. 29, 33 ff.), worauf Sie provoziren, der Knechte und Andere, mir wohlbekannt und stets Gegenstand meiner freudigen Anerkennung waren. Dennoch aber bin ich der Ansicht, daß die Theokratie des alten Bundes, weil sie den Staat der Religion unterordnete, von Duldung und religiöser Freiheit nichts wissen konnte, den Abfall vom Glauben (Deuter. 13, 6 ff.), den leichtsinnig ausgestoßenen Knecht (Levit. 24, 10), die geringste Verletzung des Sabbaths (Numeri 15, 32 ff.) und andere wissenschaftliche Uebertretungen religiöser Gebote mit dem Tode strafen mußte. Das Heidenthum, obgleich in allen anderen Beziehungen tief darunter stehend, mußte gleichfalls intolerant sein, weil die Religion ihm Staatsache war. Mit dem Christenthum ist die Religion in ihrer Selbständigkeit, dem Staate gegenüber, zum erstenmal in der Weltgeschichte erschienen, und da es unendlich, obgleich sich selbst als die Wahrheit schlechthin bezeugend, nur durch die Waffen des Geistes, durch freie Ueberzeugung herrschen will, so hat es den Grund zur religiösen Freiheit und Toleranz gelegt, die freilich erst in unseren Tagen sich zu verwirklichen beginnen. Zu den Vätern mittelalterlicher Intoleranz, die ihm vielfach noch anhaften, tritt in der Gegenwart die Anduldsamkeit des Unglaubens, des Atheismus hinzu, den ich als eine schlechthin verwerfliche Erscheinung neuerer Zeit deutlich genug von der Unvollkommenheit der alten Welt unterscheiden zu haben glaube. Würdte diese Erläuterung in Ihnen, hochgeehrter Herr, und falls Sie dieselbe, wie ich es wünschen muß, veröffentlichen, in weiteren Kreisen die Ueberzeugung hervorufen, daß neben dem entschiedensten Bekanntheit meines Glaubens mir liebloses Urtheil über anders Denkende durchaus fremd ist. Berlin, den 12. März 1862. v. Bethmann-Hollweg, Staatsminister a. D.

[Verurtheilung.] Man schreibt der „N. Z.“ von der polnischen Grenze, 14. März: Am 12. d. befand sich der Probst Beyna aus Lutzke, der erst am 29. Januar wegen Aufreizung zum Ungehorsam gegen die Gesetze zu Einem Jahre Gefängnis verurtheilt worden war, aus Neue auf der Anklagebank. In Folge jener Verurtheilung hatte er nämlich in der in Kulm erscheinenden Zeitschrift „Radwislanin“ vom 8. Febr. d. J. einen Artikel veröffentlicht, in welchem die Staatsanwaltschaft nicht bloß unangemessene Angriffe gegen die königl. Regierung in Bromberg und das königliche Kreisgericht in Inowracław, welches ihn damals verurtheilt hatte, sondern auch Beleidigungen der beiden damals als Belastungszeugen vernommenen Lehrer Gabor und Welzans fand. Er behauptete von ihnen, daß sie ihre Aussagen nur aus Rachsucht abgegeben hätten. Nachdem ein angetretener Entlastungsbeweis über den Einwand der Wahrheit, so wie darüber, daß jene Zeugen eine falsche Aussage gemacht, nach dem Antrage des Staatsanwalts abgelehnt worden war, wurde der Angeklagte von dem obengedachten Gerichte wegen öffentlicher Beleidigung resp. Verleumdung von Zeugen zu Einem Monat Gefängnis verurtheilt. Zugleich wurde die Vernichtung der betreffenden Stelle im „Radwislanin“ ausgesprochen und den beiden Lehrern die Befugnis ertheilt, die Verurtheilung öffentlich bekannt zu machen. Einem eigenhümlichen Eindruck machte es, als der Angeklagte, der bei der ersten Verhandlung am 29. Januar d. J. nicht hinlänglich Kenntniß der deutschen Sprache zu haben behauptete und fast durchweg polnisch sprach, jetzt erklärte, er werde sich deutsch vertheidigen, da er seit dem 29. Jan. (!) deutsch gelernt habe, und dann auch recht fertig und gewandt sich ausdrückte.

Oestreich. Wien, 16. März. [Ein Prozeß.] Vor dem hiesigen Landesgerichte spielte sich vorgestern ein Prozeß ab, der wieder einmal recht deutlich zeigte, wie wenig die faktisch bestehenden Gesetze und Rechtsbräuche, welche sich aus der bacihschen Periode in die „neue Aera“ herüber vererbt haben, zu den vielgerühmten konstitutionellen Grundsätzen der Regierung passen wollen und wie dringend notwendig namentlich ein neues Preßgesetz ist. Der Redakteur einer hier erscheinenden polnischen Wochenschrift „Postep“ (Fortschritt), Ritter v. Dsielski, war angeklagt, in dieser Zeitung, deren Konzeption nur auf nicht politische Publikationen lautete, einen politischen Artikel zur Veröffentlichung vorbereitet zu haben, in welchem in einem eben nicht sehr verständlichen, mit Metaphern und Allegorien der sonderbarsten Art gespickten Redeweise die Entwicklung der polnischen Nationalität besprochen und der Wunsch nach Wiederherstellung eines einheitlichen polnischen Reiches ausgedrückt wurde. Dsielski wurde wegen dieses Artikels, der nicht einmal in das Publikum drang, sondern noch vor Ausgabe des Blattes auf dem noch immer belebten Präventivwege in der ganzen Auflage mit Beschlag belegt worden war, zu 6 Monaten mit einem Fasttage monatlich verschärften Kerker, Verlust des Adels, der Eigenschaft verantwortlicher Redakteur zu sein und zu einer Geldstrafe verurtheilt. Das Urtheil lautete auf Versuch zur Störung der öffentlichen Ruhe. Dieses Urtheil ist an sich schon ein ungewöhnlich hartes und unter den gegenwärtig gegebenen Verhältnissen schwer zu rechtfertigen. Dasselbe dürfte freilich kaum zur Ausführung kommen, da in den obern Instanzen eine richtigere Würdigung der Situation obwalten und in Betreff des Strafmaßes sehr viele mildernde Gründe geltend gemacht werden dürften. Viel unvernünftlicher aber, als das unbillig harte Strafmaß mit seinen mittelalterlichen, barbarischen Verschärfungsklauseln ist die Art und Weise, wie der Prozeß geführt wurde. Der Gerichtshof hat bei diesem politischen Prozesse die Oeffentlichkeit ausgeschlossen und dem energischen Proteste, welchen der Reichsrathsabgeordnete Dr. Zyblikewicz gegen eine solche Prozedur erhob, kein Gehör geschenkt, unter dem Vorwande, daß durch Zulassung der Oeffentlichkeit der Inhalt des inkriminirten Artikels bekannt und damit jener Schaden angeziffet werden könnte, welchen man durch die rechtzeitige Konfiskation verhüten habe. Eine solche willkürliche Beschränkung der Oeffentlichkeit, rein aus Gründen der politischen Polizei, ist völlig ungesetzlich; unsere Gerichtsordnung kennt nur einen Ausschluß der Oeffentlichkeit aus Gründen der Sittlichkeit, keineswegs aber eine Beengung der Publizität aus politischen Gründen. (Br. 3.)

Ragusa, 15. März. [Scharmügel.] Die Türken hatten beim Einmarsche nach Zubzi ein Scharmügel mit den Insurgenten und einige Verwundete. Bukalovich versammelt die Seintgen in Prifida.

Württemberg. Stuttgart, 15. März. [Amnestie.] Der heutige Staatsanzeiger hat den flüchtigen politischen Berurtheilten aus unserem Lande die Gewißheit gebracht, daß sie demnächst, auch ohne Amnestie, ins Vaterland zurückkehren dürfen. Die noch in diesem Monat zusammentretenden Schwurgerichtshöfe von Ludwigsburg und Rottweil werden nämlich, nachdem die Verjährung der betreffenden Kontumacial-Urtheile nunmehr erfolgt ist, die seiner Zeit erhobenen Anklagen und getroffenen gerichtlichen Verfügungen außer Wirksamkeit setzen, worauf die Staatsanwälte der genannten Höfe die erlassenen Steckbriefe zurücknehmen und den zur Heimkehr geneigten Legitimationspapiere übermitteln werden. In so weit also haben die Flüchtlinge die endliche Wendung ihres Schicksals dem gewöhnlichen Laufe des Rechtes zu verdanken. Daß aber die nunmehr eingetretene Verjährung zuvor nicht durch Steckbrief-Erneuerung unterbrochen worden, ist Folge einer aus dem Begnadigungsrechte geflossenen königl. Entschliezung. (R. 3.)

Großbritannien und Irland. London, 15. März. [Parlament.] In der Unterhausung am 13. d. sagte Roebuck, als im Komit6 die Angelegenheiten von Neu-Seeland zur Sprache kamen, er habe schon vor vielen Jahren, als der verewigte Sir Robert Peel Premierminister gewesen, dem Hause einige überraschende und unangenehme Wahrheiten über die Behandlung der Eingeborenen in den fernliegenden Kolonien gesagt und wolle sie heute wiederholen. Es bleibe eine Heuchelei vom Parlament, wenn es sich anscheinend bemüht zeige, die Neuzeeländer zu bekehren und zu zivilisiren. Begehe man einmal die Ungerechtigkeiten, den Eingeborenen ihr Land zu nehmen, um dafür europäische Besitzung und Bildung zu verbreiten, so sollte man konsequent auf das Ziel losgehen. Wo der weiße Mann seinen Fuß hinsetze, gehe der braune Mann neben ihm zu Grunde. Dies sei ein bekanntes Naturgesetz. Man könne den Untergang der Urstämme verzögern, nicht verhüten. Die Philantropie verlängere nur den Todeskampf der unrettbar verlorenen Race. Die geradeste Politik wäre, die angelsächsischen Kolonisten ungehindert halten zu lassen; sie würden mit den Ureinwohnern bald fertig werden; und je schneller der Maori vom Erdboden verschwinde, desto besser.

[Zur Ausstellung.] In Bezug auf die allgemeine Ausstellung bemerkt die „Times“: Mit Bedauern müssen wir sagen, daß der Gesamteindruck des Gebäudes, wenn es erst ganz eingerichtet sein wird, bei Weitem nicht so großartig sein dürfte, als wir geglaubt und gehofft hatten. Jedem einzelnen Staate ist nämlich von den Kommissaren gestattet worden, sich mit hölzernen Scheidewänden von den Nachbarabtheilungen abzugrenzen, um dadurch Wandraum für aufzuhängende Gegenstände zu gewinnen. Dadurch wird jeder Ueberblick, jeder große Gesamteindruck unmöglich gemacht, zumal wenn die Scheidewände so hoch angelegt werden, wie die Franzosen es gegenwärtig thun. Das ganze Innere würde dadurch in eine Anzahl Einzelabtheilungen oder Vertauskläden umgewandelt, was einen störenden, gradezu widerlichen Eindruck machen muß. Schon fangen auch die Destrecker an, sich nach dem Beispiele der Franzosen mitten im nordwestlichen Transept mit Bretterverschlägen abzugrenzen, doch bei diesen sind sie nur auf eine Höhe von 10 Fuß angelegt, während die Franzosen sich mit 45 Fuß hohen hölzernen Mauern umgeben, die, bis knapp ans Dach reichend, den Nachbarn ein gut Theil Licht und Luft entziehen werden. Das ist in der That sehr rücksichtslos.

Franzreich. Paris, 15. März. [Französische Beziehungen zu Rom und Turin.] Endlich ist im gesetzgebenden Körper die Verhandlung über den die römische Angelegenheit betreffenden Ar-

titel der Adressdebatten beendet. Die Franzosen haben bei dieser Gelegenheit wieder einmal ihr glänzendes Rednertalent bewährt; aber es verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß die Hauptredner Jules Favre und Villault Advokaten sind, und daß, wie in diesen Reden die Kunst des Handwerks überhaupt deutlich zu erkennen ist, so auch in Bezug auf die Ueberzeugungen der Redner selbst, sich aus ihrer Vergangenheit manche Widersprüche nachweisen ließen. Favre's gesammelte Beredsamkeit wird übrigens die Thatfache nicht umstossen, daß seine Partei, daß die Republik es war, die den Papst gegen die Uebergänge einer noch jüngeren Republik zu schützen ausgezogen ist, und daß das Kaiserthum diese Politik von dem General Cavaignac und seinen Freunden geerbt hat. Wenn Cavaignac's Regierung auch nicht die Absicht gehabt haben mag, die römische Republik zu stürzen, so mögen deren Nachkommen uns zunächst doch sagen, wie sie sich die Rückkehr des Papstes nach Rom an der Seite der Triumvirn dachten. Villault's Rede ist in mehr als einer Beziehung merkwürdig. Besonders ist es aber die Erklärung: „Wir erkennen nur ein Recht an, nämlich das, welches die Völker haben, sich selbst anzugehören. Die Römer können sich beschweren, aber die Italiener nicht. Es ist wahr, dieses Recht der Römer, sich selbst anzugehören, ist von uns verlegt, aber es ist verlegt wegen eines höheren Interesses.“ Ich bemerke, daß diese Erklärung hier fast überall den Eindruck gemacht hat, als ob die Vertheidigung des Papstes durch die Verlängerung der Besatzung doch immer nur einen provisorischen Werth habe, und daß, da die Regierung auch bei dieser Gelegenheit prinzipiell die Volkssouveränität über die Bedürfnisse der katholischen Kirche stellt, diese schließlich doch werden geopfert werden. Nicht minder wichtig ist die Erklärung Villault's, daß selbst eine von den Italienern provozirte Intervention Despoten aus Neuere eine französische Intervention zur Folge haben würde. Heutigen Tages drängen die Ereignisse sich dergestalt, daß man den Zusammenhang der Dinge leicht versteht. Es dürfte daher von Wichtigkeit sein, daran zu erinnern, daß diese Erklärung in dem größten Widerspruche zu den bisher von der französischen Regierung gegebenen Erklärungen steht. Letztere hat in diplomatischen und seither auch veröffentlichten Aktenstücken Piemont nicht allein von seinen Uebergriffen abgerathen, sondern ausdrücklich gesagt, daß es dies auf eigene Hand thue und allein die Verantwortlichkeit seiner Schritte zu tragen habe. Wie sollte Frankreich also jetzt mit einem Male dahin kommen können, Despoten aus Neuere den Krieg zu machen, wenn es von Piemont zum Einschreiten in Italien gereizt worden ist? — Nach den neuesten Nachrichten aus Rom ist es übrigens nur der äußersten Nachsicht des Generals v. Soyoy gelungen, vor Kurzem einen Zusammenstoß zwischen den römischen Soldaten und dem Volke zu verhindern. Man betrachtet hier das Ministerium Ratazzi noch als keineswegs konsolidirt und zweifelt daran, daß es sich überhaupt konsolidiren wird. Dagegen lauten die Nachrichten aus Genua so revolutionär als möglich. Das von der Union der demokratischen Gesellschaften angenommene Programm ist im höchsten Grade radikal. Komisch ist es, daß Garibaldi, nachdem er an hoher Stelle darüber unterhandelt hatte, mächtig zu sein glaubte, wenn er statt des Titels: „Demokratische Union Italiens“, den: „Emanzipirende italienische Gesellschaft“ vorschlug und zur Annahme brachte. (A. P. 3.)

[Tagesbericht.] Morgen ist der Geburtstag des kaiserlichen Prinzen. Heute kamen das erste Bataillon des ersten Garderegiments nach den Tuilerien, um dem Prinzen ihre Begrüßung darzubringen. Morgen giebt der Prinz den Eskadren de troupe ein Bankett. — Nach den halbamtlichen Blättern sind Despoten und die Türkei über die Maßnahmen übereingekommen, die sie nehmen wollen, damit der griechische Aufstand sich nicht über die Grenzen des Königreichs ausdehne. — Als einen Zwischenfall in der zu Rom jetzt gegen Benanzi anhängigen Untersuchung erwähnt man mehrere Briefe des Generals Soyoy unter den mit Beschlag belegten Papieren des Allionskomitès von Rom. Sie waren, wie man sich hier erzählt, an eine Dame gerichtet und sind durch einen Vertrauensmißbrauch in die Hände Benanzi's gerathen. Die römische Regierung war so delikats, Soyoy diese Briefe wieder zuzustellen. — General Prim hat einen langen Brief an Napoleon III. geschrieben, um diesem sein ganzes Verhalten und Auftreten in Bezug auf den Kreuz auszusetzen. — Ein Stabsoffizier des Vizeadmirals Turien de la Gravière ist mit Depeschen desselben von Vera-Cruz hier angekommen. — Wie man vernimmt, hat Victor Emanuel einen Brief an den Kaiser gerichtet, worin er ihm die Schwierigkeit auseinander legt, die daraus entstehen würde, wenn er das Zurückberufungsdekret für Mazzini nicht unterzeichne. Von anderer Seite vernimmt man, daß Thouvenel durch Benedetti dem neuen Ministerium zu Turin hat erklären lassen, Frankreich werde nur mit diesem Bedauern die Rückkehr Mazzini's nach Italien sehen. — Zum Bau zweier neuen Synagogen in Paris, die auf drei Millionen veranschlagt sind, wurde in der letzten Sitzung des israelitischen Konfitoriums eine halbe Million freiwilliger Beiträge gezeichnet, darunter vom Hause Rothschild 200,000 Francs, vom Hause Rane 45,000 Francs. — Nach dem „Pays“ wird die Regierung von Washington nicht den General Scott, sondern Herrn Fremont als Gesandten nach Mexiko senden. In Newyork hieß es, derselbe sei beauftragt, ein Schutz- und Trugbündniß mit der mexikanischen Republik abzuschließen. — Nach Briefen aus Valparaiso hat die Regierung von Chili sich vermittelst einer Gebietsverletzung der Person des Königs Drelis Antoine I. (Donnens aus Perigueux ist der eigentliche Name dieses Souveräns), Königs von Aracarien, bemächtigt. Man fügt hinzu, daß ihn die Regierung von Chili vor Gericht stellen will. Der Verräther, der Sr. Majestät auslieferte, ist einer seiner Vagen, und heißt Rosales.

[Ein Museum.] Auf Befehl des Kaisers wird, wie das amtliche Blatt anzeigt, in dem Schlosse Saint Germain ein Museum von keltischen und gallorömischen Alterthümern angelegt. Die Administration der kaiserlichen Museen wird zu diesem Zweck alle hierauf bezüglichen Dokumente sammeln, und das Louvre-Museum wird in so fern den Grundstein dazu legen, als es sofort eine Sammlung Töpferarbeiten und Stein- und Bronzewaffen nach Saint-Germain abliefern wird. Einen weiteren Zufluß erhält die neue Sammlung durch die im Walde von Saint-Germain veranstalteten Nachgrabungen und durch eine Anzahl kostbarer Gegenstände, die besonders vom Kaiser gesammelt worden sind, worunter auch mehrere auf Befehl des Kaisers angefertigte Modelle von Kriegsmaschinen. Außerdem wird die schöne Sammlung, welche der Kö-

nig von Dänemark kürzlich dem Kaiser zum Geschenk gemacht hat, einen hervorragenden Platz in dem neuen Museum einnehmen.

Italien.

Turin, 14. März. [Tagesnachrichten.] Der Geburtstag des Königs Victor Emanuel (er ist am 14. März 1820 geboren) ward festlich begangen. — Das Marinebudget beläuft sich für 1862 auf 63,678,401 L. (um 6,337,996 L. mehr als im Vorjahre). Den Hauptposten desselben bilden Schiffsbauten mit 26,073,000 L. — „Movimento“ veröffentlicht ein Schreiben, womit Menotti, Garibaldi, Stefano Canzio, Giovanni Basso, Francesco Bideschini, Aug. Vecchi und G. Deideri den ihnen durch die neuesten Beschlüsse der Regierung Betreffs der früheren Südarmerie zuerkannten Auszeichnungen entzogen. Sie begründen diese Ablehnung durch die Bemerkung, daß die von Garibaldi gemachten Anträge abgeändert worden seien. — Die in Palermo erscheinende „Campana della Gancia“ kündigt an, Garibaldi werde von dem daselbst residirenden obersten Rathe zum Großmeister der Freimaurerei erwählt worden. Der „Percutore“ fügt bei, der General sei bereits zum Oberhaupt der schottischen Mauerer in Italien ernannt. — Die Nachricht, Baden habe das Königreich Italien anerkannt, beruhte auf einer Verwechslung. Baden ertheilte dem italienischen Konsul bloß das Crequatur.

Turin, 15. März. [Interpellation.] In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses stellte Petrucci seine auf die Versammlung der Bischöfe in Rom bezügliche Interpellation. Die Bischöfe, bemerkte er, müßten, als von der Regierung abhängige öffentliche Beamte, die Erlaubniß der Regierung erhalten, um sich nach Rom zu begeben. Es sei ihnen mehr an der weltlichen, als an der geistlichen Macht gelegen. Die römische Kurie wolle die weltliche Macht des Papstes als Dogma proklamiren, so wie Frankreich und Italien gegenüber an die katholische Welt appelliren. Wenn die Bischöfe nach Rom gingen, so müßten sie als einfache Bürger von dort zurückkehren. Der Minister Poggio antwortete darauf, der Zweck der Versammlung in Rom sei nicht bekannt, habe aber keinesfalls einen religiösen Charakter. Die Regierung habe durch das Gesetz hinreichende Mittel gegen die Bischöfe in Händen, welche sich etwa aus dem Staate entfernen sollten. Sie würden sich, wenn sie das thäten, einer den Interessen der Nation zuwiderlaufenden Handlung schuldig machen. Bis jetzt habe keiner die Erlaubniß, sich zu entfernen, nachgesucht. Eintretenden Falls aber werde die Regierung schon wissen, was sie zu thun habe. Nach einigen Bemerkungen des Ministers Mancini erklärte Petrucci sich für befriedigt.

Neapel, 8. März. [Französische Militärs; Verhaftungen; Beschlagnahme.] Gestern landeten hier, von Civitavecchia kommend, eine Anzahl französischer Soldaten, die sich unmittelbar vom Landungsort in den Palast des päpstlichen Nuntius begaben, wo sie an den stellvertretenden Beamten Papiere abgeben haben sollen. Nachdem sie sich dort ihrer Waffen, d. h. ihrer Seitengewehre, entledigt hatten, zerstreuten sie sich in den Straßen, um sich, wie es schien, die Stadt anzusehen. Ueber den eigentlichen Zweck dieses Besuchs ist bis jetzt weiter nichts laubar geworden. — Was den Urheber jener Bombenexplosion vor dem San-Carlo-Theater betrifft, so hat es seine Wichtigkeit damit, daß er sich in den Händen der Polizei befindet. Es war einer jener ehemaligen bourbonischen Soldaten, der aus besonderer Berücksichtigung seiner Familienverhältnisse als Arbeiter im Arsenal angestellt worden war, anstatt, wie die übrigen, nach Norditalien gesandt zu werden. Nach seiner Aussage will er zur Ausübung dieser That 30 Piaster erhalten haben. Auch wurde gestern ein ehemaliger Polizeibeamter in der Toledostraße arretirt, der für seine Sache Proleten zu machen suchte und, da er einer ihm von einem Nationalgardisten gemachten Zurechtweisung sich nicht fügen, sondern vielmehr sein Recht thätlich beweisen wollte, so wurde ihm bei dem Gegenbeweise eine Wunde am Halse beigebracht und er als Unruhestifter auf die Präfectur abgeführt. Ferner ist es der Polizei gelungen, in einem auf dem Marsfelde gelegenen Hause eine Anzahl Bomben und Waffen aller Art mit bourbonischen Proklamen und Fahnen zu konfisziren. (R. 3.)

Rom, 8. März. [Hausjuchungen und Verhaftungen.] Die Regierung bedachte sich in Folge der neuesten Entdeckungen einige Tage, ob sie, wie in Rom, so auch in den Provinzen wider die geheimen Feinde des Bestehenden der Strenge der Gesetze freien Lauf lassen, oder nach Umständen hier und da gemäßigter fühlen lassen solle, daß sie noch das Selt in Händen habe. Man schlug, was die Provinzen betrifft, den Mittelweg ein, in Rom dagegen werden fort und fort Hausjuchungen gehalten und Verhaftungen vorgenommen. Unter denen, welche als thätige Förderer der piemontesischen Interessen befunden worden, nennt man außer vielen Beamten der Post, der Generaldirektion der Mauth und sogar des Staatssekretariates, auch Signori, welche als Hausmeister oder als Geschäftsführer einflussreicher Eminenzen hier hoch angesehenen Namen tragen. Hr. S., ein Geschäftsführer und Vertrauter des Kardinals Antonelli, ist einer derselben. Die Zahl der bereits Verhafteten zu bestimmen, ist mißlich, doch glaubt man nicht zu irren, wenn man sie auf 200 angiebt; gut Unterrichtete sprechen von weit mehr. Die Liberalen meinen, diese Verhaftungen könnten die allgemeine Umgestaltung unserer politischen Halberstanz nur beschleunigen, da die Besinnungsgenossen in Turin sich um so mehr der Jhrigen in Rom annehmen würden. Die Klerikalen aber erwarten die endliche Erfüllung so lange genährter Hoffnungen vom Ausgange der Debatten des Senats in Paris. (R. 3.)

Rom, 14. März. [Der Papst] litt gestern an einem leichten Fieber; heute befindet er sich besser und hat sein Bett verlassen können.

Spanien.

Madrid, 14. März. [Der Herzog von Brabant; aus der Kammer.] Der Herzog von Brabant ist heute früh zu Balencia gelandet und von Seiten der Behörden empfangen worden. — Die Deputirtenkammer hat einen Ausschuß ernannt, welcher einen Bericht über den die Regelung der Schuld von 1823 betreffenden Gesetzentwurf erstatten soll.

[Die Verwendung für die verurtheilten Evangelisten.] In einer Sendung der Evangelical Alliance war der englische Generalmajor Alexander nach Madrid gegangen, um womöglich zu Gunsten der verurtheilten Protestanten dort zu wirken. Die „N. Evang. Kirchenztg.“ enthält nun einen Bericht aus

London vom 24. Februar über diese Sendung, dem wir Folgendes entnehmen: Durch die gütige Vermittelung mehrerer hervorragender Personen in England und andern Ländern war es gelungen, sich der herzlichen, wenn auch nur privaten Unterstützung der Gesandten von Frankreich, England und Rußland zu versichern. Der preussische Gesandte, obwohl Rathhof, hatte bereits früher der spanischen Regierung offizielle Vorstellungen gemacht. Sehr schätzbare Mitwirkung von anderer Seite, sowohl in, als auch außer Spanien, stand dem General Alexander ebenfalls zur Seite. Auf das Ersuchen des englischen Gesandten Sir John Gampston gestattete der Ministerpräsident, Marschall D'Donnell, Herzog von Tetuan, dem General eine Audienz. Der General Alexander gab zunächst eine offene Erklärung über die Umstände ab, welche seine Sendung veranlaßt hätten, daß er gesandt sei, um Sr. Excellenz die Anschauungen und Wünsche seiner Glaubensgenossen nicht nur in England, sondern auch in Frankreich, Deutschland, Schweden, Holland, der Schweiz und andern Ländern darzulegen; und daß, obwohl er nur im Auftrage einer bestimmten Gesellschaft spreche, die von ihm vertretene Sache doch allen Protestanten in gleicher Weise gemeinsam sei. Darauf überreichte er eine schriftliche Darlegung der Gründe, auf denen die Hoffnung des Evangelischen Bundes ruhe, daß S. Maj. die Königin von Spanien in diesem Falle zur Begnadigung geneigt sein würde; da nämlich die Verurtheilten von allen politischen oder bürgerlichen Vergehungen freigesprochen und nur deshalb zu den Galeeren verurtheilt seien, weil sie die heilige Schrift zur Richtschnur ihres Glaubens und Lebens gemacht hätten. Der Ministerpräsident nahm bereitwillig die schriftliche Darlegung entgegen, zugleich mit der Uebersetzung des von der Genfer Konferenz zu Gunsten der spanischen Gefangenen gefaßten Beschlusses und mit einer Liste von den auf jener Versammlung vertretenen Völkern, so wie vieler namhafter Personen in Europa, die ihre Theilnahme an dem Schicksal der Verurtheilten ausgesprochen hatten. Sodann ging er auf die Hindernisse ein, welche dem Wunsche des Generals Alexander entgegenstanden, drückte aber zugleich in sehr freundlichen Worten seine Bestriedigung mit der taktvollen Weise aus, in der derselbe seine Mission ausgeführt habe, und verpacht die ihm überreichten Schriftstücke seinen Kollegen mitzutheilen. Er bemerkte, daß Spanien weniger intolerant sei, als man annehme, und fügte hinzu, daß obwohl die spanische Regierung in keiner Weise eine auswärtige Einmischung dulden würde, dieselbe doch für moralischen Einfluß und für Vorstellungen, die ihr in angemessener Weise gemacht würden, keineswegs unempfänglich sei. Er erklärte, daß wenn er dem General auch keine unmittelbare Hoffnung auf ein günstiges Resultat seiner Sendung eröffnen könne, doch, wenn überhaupt ein Erfolg möglich sei, der von ihm eingeschlagene Weg von allen die gewählt werden konnte, zur Erreichung des Zieles der geeignetste sei. In dem weiteren Verlauf der Unterredung spielte der Marschall in höflicher Wendung auf seine irische Abstammung an und sprach in sehr anerkennenden Ausdrücken von dem Heere, zu welchem der General gehöre, und von der erhabenen Fürstin, der er die Ehre habe, zu dienen.

Portugal.

Lissabon, 13. März. [Gesandtschaft.] Die Regierung hat den Cortes einen Gesandtschaftsvorschlag vorgelegt, demgemäß die religiösen Bruderschaften, welche den Unterricht von Kindern und die Krankenpflege zum Zweck haben, aufgehoben werden sollen.

Rußland und Polen.

Warschau, 14. März. [Theater; die Verhafteten; Tagesnotizen.] Vorgestern Abend wurde das kleine Theater eröffnet, in welchem Konversationsstücke und Lustspiele gegeben zu werden pflegen. Man hatte für diesen Abend ein echt polnisches Drama gewählt, welches denn auch wirklich einige Anziehungskraft auszuüben schien, da von dem Publikum reichlich die Hälfte der polnischen Nationalität angehörte, ein Resultat, wie man es im Großen Theater bisher noch nicht zu Stande gebracht hat. Es kam sogar zu einem Akt nationaler Demonstration, wenn auch einer ganz unschätzblichen und vielleicht sogar nicht unerwünschten. So oft nämlich in dem Stücke von Polens Königen (Sigmund der Erste ist die Hauptperson desselben), von dem Kriegsthum und der Größe des Landes die Rede war, brach der Applaus unaufhaltbar aus und einmal wollte der Beifall kaum enden. Die sehr zahlreich anwesenden russischen Offiziere hielten selbst mit klatschen und hervorufen. Dies Alles unter den Augen des Statthalters, der selbst ein großer Freund der dramatischen Kunst zu sein scheint. Der Intendant der Theater, Oberst v. Hauke, hat somit einen recht glücklichen Griff gethan und es scheint, als ob er auch mit anderen Neuigkeiten vorgehen und hierdurch einen Hauptgrund entfernen werde, der bisher die Enthaltung vom Theaterbesuch in der That ziemlich leicht machte. Doch sind wir keineswegs so unbillig, ihm die Schuld an den bisher so bescheidenen Leistungen des Theaters beizumessen. Wir würdigen im Gegentheil vollständig die großen Schwierigkeiten, welche sich dem Wirken dieses sich einer seltenen und wohlverdienten Popularität erfreuenden Offiziers entgegenstellen, und glauben auch, daß seine Ausdauer zuletzt doch siegen und den Polen trotz ihrer Vernachlässigung eines werthvollen nationalen Instituts, wie die hiesige Bühne unabweislich ist, dasselbe retten und erhalten werde. — Dieser Tage wurde an General Eiders die Bitte gerichtet, die Aburtheilung der nun fast 5 Monate in Untersuchungshaft gehaltenen Bürger beschleunigen zu lassen. Der Statthalter soll die Gewährung dieser Bitte zugesagt haben. Unter den russischen Offizieren auf der Zitadelle, welche mit den Gefangenen in menschensfreundlicher Weise zu verfahren pflegen, wird General Vermoloff von Polen mit Dankbarkeit genannt. Am Sonntag hat man noch mehrere Gefangene freigelassen, welche nicht im Amnestieerlasse aufgeführt waren; zum Theil sind es solche, über die noch kein Urtheil gesprochen war. — Der Drucker des „Steuermannes“, Alex. Zamojst, soll zu 200 Ruthenstreichen und schweren Arbeiten auf Lebenszeit verurtheilt worden sein. — Gegenüber der Nachricht einiger preussischen Blätter von der Eröffnung neuer Kreisräthe, ist die Bemerkung nöthig, daß noch kein einziger Kreisrath im Königreich eröffnet ist: nur einige wenige Stadträthe in Lodz und ein paar kleinen Städten, haben ihre Thätigkeit begonnen. — Der Generaldirektor der Justiz, Dembowski, hat den Annenorden erster Klasse, der Staatsrath Bagniewski den Stanislausorden 1. Kl. erhalten, beide in Anerkennung ihrer besonders eifrigen und nützlichen Dienste. — Das Begräbniß des verstorbenen polnischen Generals Rydlowski fand vorgestern unter ungeheurer Theilnahme statt. —

Sechs Meilen oberhalb unserer Stadt hat gestern der Eisgang auf der Weichsel begonnen; hier steht das Eis noch. (Schl. 3.)

Türkei.

Belgrad, 15. März. [Die neu organisirte National-Miliz] ist gestern ins Leben getreten; der Generalstab und fünf Obersten sind ernannt worden.

Griechenland.

Athen, 8. März. [Königliche Proklamation.] Die außerordentlichen Ereignisse der vergangenen Wochen und die in Folge derselben so prekären Zustände des Landes haben den König bewogen, die konstitutionellen Formen übergehend, direkt mit seinem Volke zu sprechen. Folgendes ist die Proklamation, welche vergangenen Sonntag veröffentlicht wurde:

Ditto, von Gottes Gnaden, König von Griechenland. An das griechische Volk. Hellenen! Ein trauriges Ereigniß hat die Ruhe des Landes gestört und mein Herz mit Kummer erfüllt. Heute, welchen die Wahrung der Sicherheit des Landes und der Ehre anvertraut war, und deren Treue die Heiligkeit des Eides und die militärische Ehre verbürgen sollte, vergaßen Ehre und Eid und, ihre Untergebenen behöhnend, erhoben sie in der Festung Nauplia die Fahne des Aufruhrs und brachten so über unser geliebtes Vaterland die Uebel der schrecklichsten aller Anarchien: der Soldaten-Herrschaft. Zur Beschränkung des Uebels und Vereitelung der unheilvollen Pläne der Rebellen hat meine Regierung bereits die erforderliche Fürsorge getroffen, und da Niemand den den Fahnen angethanen Schimpf mehr empfindet, als die aller Orten unerschütterlich ihren Pflichten treu gebliebene Armee, deren Gefühle sich in lauten und bewegendem Kundgebungen äußerten, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die vor der besagten Festung, dem Sitze der Revolution, schnellst konzentrierte Macht die Rebellen in kurzer Zeit der Herrschaft des Gesetzes übergeben werde. Was mich bei diesem traurigen Ereigniß besonders zu trösten vermochte, ist, Hellenen, die einstimmige Mißbilligung, welche diese Bewegung hervorrief, es ist die Entrüstung, die Euch Alle ergriff, es ist die bereitwillige Hilfe, die sich überall kundgab für die Ehre und gegen die Anarchie. Ich fühle deshalb das Bedürfniß, Euch aus vollem Herzen zu danken, Eure Vaterlandsliebe öffentlich zu rühmen und kundzugeben, daß es mich mit Stolz erfüllt, ein solches Volk zu beherrschen. So handelnd, habt Ihr mir Gerechtigkeit widerfahren lassen, und wahrer Euer Glück allein auch mein Glück ist, und daß ich meine Zukunft in der Euren sehe! Für Euch verließ ich mein eigenes Vaterland, Eltern und Verwandte, und entsagte einem ruhigen und sorgenfreien Leben! Niemals hegte ich einen Gedanken, der Euren Interessen fremd gewesen wäre, und nie sann ich über Anderes, als Euer Glück, Euer Wohl und Euren Ruhm. Wie Ihr Alle, so habe auch ich vom Anfange an erkannt, daß unser geliebtes, seit Jahrhunderten so hoch berühmtes Vaterland von dem allmächtigen Gotte zu einer großen Zukunft ausersehen sei, und daß nirgends weniger als unter uns Ursache sei zu Streitigkeiten und bürgerlichen Zwisten, und daß, wenn gleicher Sinn und Einigkeit überall das Leben und die Größe der Nation bedingen, uns diese Tugenden besonders geboten sind von dem Höchsten, der in seiner Hand die Schicksale der Völker hält, bei Strafe unberechenbaren Schadens. Durch Euer Betragen habt Ihr bewiesen, daß Ihr, dieses Alles richtig beurtheilend und ermägend, nur in der Ordnung und dem Gesetze, nur in der Herrschaft der Gerechtigkeit, und nur in der verfassungsmäßigen Wirksamkeit der legitimen Regierung des Landes Eure Sicherheit sucht, Euer Wohl und den Fortschritt, und daß Ihr nicht das Spielzeug werdet welcher auch immer ungesegelter Ruhmsucht und Unruhe erzeugenden Geistes, wodurch Ihr selbst zerfahren würdet die Ruhe der Gegenwart und die Hoffnungen der Zukunft. Hellenen! verharret bei diesen edlen, nationalen, Eurer selbst würdigen Gesinnungen. Umgeben in gegenseitigem Glauben und Liebe den Thron, mit dem Euch untödlich verbunden haben die Gelübde von 1833 und 1844, und welchen das allgemeine Gewissen anerkennt als die sicherste Bürgschaft Eurer Nationalität und Eurer Wünsche, und seid gewiß, daß Euer König, die Kraft des Gesetzes bloß zu Eurem Besten überwachend, fühlt, daß er der Vater aller Griechen sei, und daß die väterliche Zärtlichkeit die guten Handlungen mit Freuden belohne, die bösen Handlungen nur mit Widerstreben bestrafen, und diese Strafe bis zur äußersten Grenze des allgemeinen Interesses beschränken wird. Athen, 17. Februar (1. März) 1862. Ditto. A. Konduriotti. D. Bogaris. M. Battli. C. Simons. C. Christopolu.

Über den Zustand in Griechenland] bringt die „R. Z.“ noch folgenden Bericht: Die Nachrichten aus der Provinz Argolis, dem Schauplatz des Bürgerkrieges, sind äußerst spätlich und ist seit dem 20. Febr. vorgenommenen Rekognoszierung keine weitere Waffenthat vorgefallen. Die Regierung scheint einen ernstlichen und dezisiven Angriff auf das Lager der Rebellen zu beabsichtigen und hierzu alle disponiblen Kräfte ausbieten zu wollen. Gestern Abends sind, wie verlautet, sämtliche Streitkräfte der Regierung in dem Lager von Lirinth (in der Ebene von Argos) verammelt gewesen und sind daher im Laufe einiger Tage entscheidende Maßregeln zu erwarten. In den übrigen Provinzen des Landes herrscht bis heute wenigstens ein gewisser Grad von Ruhe, den wir mit friedlicher Anarchie bezeichnen wollen. Die Behörden sind ohne Furcht und lassen Alles gewähren, Handel und Verkehr stocken, Steuern werden nicht gezahlt, die Bürger grollen, der Handwerker hungert, die Bauern sind bewaffnet, um Haus und Hof gegen ungebundene Gäste zu schützen, und das nicht von der Regierung in Sold genommene Gesindel lauert auf Gelegenheit, um ungestraft rauben und plündern zu können; Räuberbanden sind schon mehrere sichtbar geworden und dürfte mit dem kommenden Frühlinge das Land von denselben überläßt sein. Die nauplianer Rebellen haben mehr denn 600 verurtheilte Verbrecher freigelassen und bewaffnet, welche nicht säumen werden, die Freiheit auf den Bergen zu suchen; außerdem ist die griechisch-türkische Grenze nunmehr gänzlich von Truppen entblößt und die an deren Stelle bewaffneten freiwilligen Milizen sind nicht die Leute, um den Klephten aus Epirus und Theßalien den Weg nach Griechenland zu versperren. Wir geben die Dinge in dem Lichte, wie sie jetzt sich zeigen, vielleicht geht es besser, vielleicht auch viel schlechter noch; thatsächlich muß die Regierung eine Entscheidung befördern oder dem allgemeinen Drange weichen und in einem Augenblicke zurücktreten, wo die Bildung eines neuen Kabinetts einem mittelbaren Siege Rebellen ziemlich gleichkommen würde. Die „Epis“, „Aion“ und „Filopatrias“, welche in diesem Sinne schreibend, zu versöhnlichen Maßregeln rathen, wurden konfisziert, die Regierung scheint somit über den einzuschlagenden Weg nicht mehr in Zweifel zu sein. Mehrere der früher hier verhafteten Individuen wurden nach der Insel Ithermia gebracht, andere, worunter zwei Artillerieoffiziere und ein pensionirter General, nach Milano verwiesen, und weitere Verhaftungen finden noch alltäglich statt, unter allen Klassen der Bevölkerung. — Der griechische Gesandte in London, Trilupis, ist gestern hier angelangt und vom Könige in geheimer Audienz empfangen worden. — Die Regierungskommission der Injurigen Nauplia's hat den Gesandten der drei Schutzmächte ein Aktenstück zukommen lassen, welches die Ursachen der bewaffneten Erhebung angiebt und vor Allem gegen die Annahme protestirt, als seien aggressive Schritte gegen den Nachbarstaat beabsichtigt. Die Revolution soll diesem Aktenstücke gemäß die inneren Schäden des Landes heilen! Diese sind mit sehr starken Farben aufgetragen, und erwarten die Rebellen eine Vergrößerung des Landes nur von der Sympathie der Schutzmächte. Selbstverständlich blieb dieses Dokument ohne Beantwortung.

Die in Nr. 63 telegraphisch erwähnte Mittheilung der „Dft. Post“ lautet: Die Militärrevolution in Griechenland, weit entfernt wie schönfärberische Berichte aus Athen und Triest melden, nahe daran zu sein, von den königlichen Streitkräften unterdrückt zu werden, ist vielmehr im vollen Aufschwung begriffen. Eine heute Abend (14. März) in Wien eingetroffene telegraphische Depesche meldet, daß in Syra, einer der wichtigsten Inseln des kleinen Königreichs, gleichfalls ein militärischer Aufstand ausgebrochen ist. Syra ist einer der Haupthandelsplätze Griechenlands. Wiewohl die ganze Insel nur etwa 2 Quadratmeilen im Umfange hat, so ist sie doch durch ihre Lage, durch den herrlichen Hafen ihrer Hauptstadt Hermopolis, die allein an 40,000 Einwohner zählt, wohl der bedeutendste kommerzielle Platz im Osten des mittelländischen Meeres. Sie bildet eine Hauptstation für die zwischen Marseille und Konstantinopel verkehrenden Dampfer. Ihr Beispiel ist daher von Wichtigkeit, und wenn man sich im Lager des Königs bisher damit tröstete, daß der Aufstand auf Nauplia sich beschränke und im übrigen Königreiche die Revolte keine Fortpflanzung finden werde, so ist nun diese Hoffnung in einer gefährlichen Weise vernichtet, und die Lage des Königs und des Königreichs wird mit jedem Tage bedrohlicher. Wir müssen hinzufügen, daß die Depesche, welche diese Nachricht nach Wien brachte, die bestimmte Mittheilung macht, daß bei dem Aufstande in Syra italienische Einflüsse direkt zu Tage treten!

Afrika.

Alexandrien, 14. März. [Der Prinz von Wales] ist gestern in der in Ober-Egypten am Nil gelegenen Stadt Siut angekommen.

Amerika.

— [Die Expedition in Mexiko.] Nach der „Patrie“ sollte General Lorencez gegen den 28. Febr. in Vera-Cruz eintreffen. Surien de la Graviere, der anfänglich gegen den 25. Februar nach dem Lager von Salapa aufbrechen wollte, wartete auf ihn. Unmittelbar nach der Ankunft des Generals und der mit ihm ankommenden Verstärkungen sollte der Marsch gegen die Hauptstadt Mexiko angetreten werden, wo man in der zweiten Hälfte des März einzutreffen hoffte.

Militärzeitung.

Italien. [Vermehrung der Infanterie; die italienische und die preussische Militärbewegung.] Durch königliche Ordre vom 21. Februar sind in Verfolg der schon früher hierüber erlassenen Bestimmung die sämtlichen italienischen Infanterieregimenter wiederum jedes um 3 Kompagnien verstärkt, also nunmehr durchschnittlich auf 18 Kompagnien gelegt worden, und binnen einigen Monaten wird die auch früher von uns schon erwähnte beabsichtigte Formirung von abermals 18 neuen Infanterieregimentern durch Zusammenstellung der so den bestehenden 62 Regimentern dieser Waffe zugewachsenen je 6 neuen Kompagnien erfolgen können. Die Zahl dieser Regimentern wäre damit von noch 1859 20 auf 80 angewachsen, und doch wird für die Aushebung im nächsten Herbst noch eine weitere Vermehrung um abermals 10 Regimentern beabsichtigt. Auch für die Errichtung von ferneren 5 Kavallerieregimentern sind bereits alle Vorbereitungen getroffen, womit deren Zahl von 1858 noch nur 9 sich auf 22 stellen wird. Ebenso werden auch noch ein neues, das 10. Artillerieregiment, und 10 neue Bersaglieri-Bataillone bis spätestens nächsten Herbst errichtet werden. Die Thätigkeit der italienischen Regierung auf militärischem Gebiet beschränkt sich übrigens mit dieser unmittelbaren Vermehrung des italienischen Wehrwesens keineswegs, sondern äußert sich gleich außerordentlich und ungewöhnlich nach allen denkbaren militärischen Richtungen. So ist am 24. Febr. das neue Militärentwärtengesetz nun definitiv von der italienischen Deputirtenkammer angenommen worden, das, da es den Militärs bei Invalidität durch Wunden, wie bei einem auf nur 25 Jahre bemessenen Dienstalter die Pensionirung mit dem vollen Gehalt ihrer leitbestehenden Charge in Aussicht stellt, für die Zukunft dem Lande eine außerordentliche Belastung aufzulegen droht. Auch sonst aber scheint der Kostenpunkt bei militärischen Maßregeln für diesen neuen, noch so wenig befestigten und finanziell so übel situirten Staat jetzt so gut wie gar keine Bedeutung zu haben, so weitgreifend und ungeheuerlich erscheinen die militärischen und maritimen Maßnahmen, welche von der italienischen Regierung in die Hand genommen worden sind, und beim Volke wie dessen Vertretung eine immer bereitete Unterstützung finden. Der Vergleich mit unseren eigenen Zuständen liegt nahe genug, wenn auch die Italiener nicht im Entferntesten eine kriegerische oder selbst nur eine mit einer starken militärischen Richtung ausgestattete Nation sind, während dies Letztere für das preussische Volk doch wohl unbedingt in Anspruch genommen werden kann. Die Frage dürfte sich deshalb wohl aufwerfen, warum die Bereitwilligkeit dort und die Abneigung hier? Die Antwort möchte sich indes ohne besondere Schwierigkeit ergeben. Bei einer gleich in den Vordergrund gedrängten nationalen Aufgabe für die preussische wie für die italienische Armee wäre schwerlich wohl auch in Preußen die Opposition gegen den Zuwachs des Heeres zu der gegenwärtig erreichten Mächtigkeit geblieben, und eben das Mißtrauen gegen die letzten Ziele der preussischen auswärtigen Politik, noch mehr aber das seit 1848 prinzipiell festgehaltene Gegenstellen der preussischen Wehrkraft gegen die im Innern wirksamen Bestrebungen der eignen Nation müssen als die bedeutungsvollsten Oppositionselemente gegen die neue preussische Militärschöpfung anerkannt werden. Die Opposition gegen die Aenderung des Landwehrsystems, wo der Regierungsentwurf gewiß nur Vortheile bietet, muß sogar wohl ausschließlich auf diese letzte Rücksicht zurückgeführt werden. Neben dem ist die neue italienische Armee aber auch thatsächlich aus dem Volke auf- und herausgewachsen. Das Avancement der Unteroffiziere zu Offizieren hat vielleicht noch nirgend und niemals, höchstens den einen Zeitraum der ersten französischen Revolution von 1790—1794 ausgenommen, in einem so schrankenlosen Maße stattgefunden, als bei diesem neu-italienischen Heerwesen. Gut Dreiviertel des gesammten italienischen Offizierskorps sind aus ehemaligen Unteroffizieren oder dem jungen Nachwuchs der Nation hervorgegangen. Es mag das in manchen Beziehungen und namentlich vom wissenschaftlichen Standpunkte aus vielleicht seine Bedenken haben, aber eins ist schon nicht abzuleugnen, daß gerade durch diese Maßregel dort die Armee mit dem Volke aufs Innigste zusammengewachsen ist, daß beide sich eins fühlen und dem letzteren kein Opfer für die erstere zu schwer und zu groß erscheint. Die Probe für dieses Verfahren muß freilich noch abgewartet werden; doch bei dem französischen Heere hat seit 1790 ja schon Aehnliches stattgefunden und eigentliche Nachtheile sind davon noch nirgend hervorgetreten, wohl aber muß ein bedeutender Theil der hervorragenden Kriegstüchtigkeit des französischen Heeres unbedingt dieser Einrichtung zugeschrieben werden. — P.

lokales und Provinzielles.

Posen, 18. März. [Provinzialbank.] Dem in der gestrigen Generalversammlung unserer Provinzialbank vorgetragene Geschäftsbericht pro 1861 entnehmen wir folgende Notizen: der Gesamtumsatz hat sich auf 24,540,760 Thlr. gegen 20,723,980 Thlr. und die tägliche Umlaufsumme der Noten auf 966,200 gegen 919,700 im Vorjahre gehoben, dagegen die beim k. Bankomtoir angesammelten, zum Austausch gekommenen Notizen auf 5,165,900, etwa 350,200 weniger als im Vorjahre vermindert hat. Auch das Depositengeschäft hat an Aufschwung gewonnen. Am 31. Debr. 1860 waren belegt 38,060 Thlr. Am 31. Debr. 1861 blieben belegt 141,430 Thlr. Die Summe der angekauften Wechsel betrug 8,635,993 Thlr. gegen 7,225,193 Thlr., ist mithin um 1,410,800 Thlr. gestiegen. Eine geringe Verminderung zeigt nur der Lombardverkehr. Die am 31. Oktober. 1861 ausgeliehenen Kapitalien ermäßigten sich auf 213,500 gegen 233,500 im Vorjahr. Dem Reservesfond sind 13,420 Thlr. zugeschrieben worden, so daß

derselbe gegenwärtig 46,191 Thlr. beträgt. Die zur Vertheilung kommende Dividende ist, wie wir bereits früher mittheilten, auf 5 1/20 % festgesetzt. — Das Gesamtresultat kann somit als ein sehr günstiges bezeichnet werden und bestätigt aufs Neue die schon allgemein verbreitete Ansicht über die geschäftslundige und solide Leitung des Unternehmens.

B Aus dem Kreise Posen, 17. März. [Germanisirung.] Es könnte den Anschein gewinnen, und es sind wirklich einige neuere Veröffentlichungen von manchen Seiten so mißverstanden worden, als ob der deutsche Gnesener landwirthschaftliche Verein und der Verein zur Förderung deutscher Interessen in der Provinz Posen meinten, um ihren Bestrebungen in Rücksicht auf Germanisirung Bahn zu brechen, würden sich hier auswärtige deutsche Landwirthe ankaufen. Diese Ansicht beruht gewiß auf einem Irrthum, denn die betr. Vereine sind gewiß mit uns davon überzeugt, daß solche Ankäufe nur dann erfolgen werden, wenn mit denselben für die auswärtigen deutschen Landwirthe ein besonderer Vortheil verbunden ist. Wohlfeil muß man Güter erwerben können, die der Besitzer freihändig nicht mehr veräußern kann, weil sie entweder über den Werth verschuldet oder bis zur Tödtung des Ertrages ausgezogen sind. So lange es Gutsbesitzer giebt, die einen unmäßigen Aufwand treiben, die Schulden zu unproduktiven Zwecken machen, die den Kredit mißbrauchen oder gar, freilich ausnahmsweise, wie vor einigen Jahren als Wechselsälcher vom Schauplatz treten: so lange wird selbst das Mittel mit einem solchen, in Folge materieller Nichtigkeit verschwindenden Gliede der Gesellschaft kaum Berechtigung haben. Zu wünschen bleibt in einem solchen Falle nur, daß seine Stelle ein tüchtiger, auch finanziell starker Landwirth einnimmt. Käufer ohne Mittel, seien sie auch Deutsche, werden hier bei dem theuren Kredit nur selten auf einen grünen Zweig kommen. Die Aufmunterung zum Ankauf kann zunächst nur die zur nothwendigen Substation stehenden Güter im Auge haben; denn der besser situirte Pole wird namentlich in jetziger Zeit und unter den gegenwärtigen Verhältnissen sich nicht leicht herbeilassen können, sein Gut einem Deutschen, selbst zu dem vortheilhaftesten Preise freihändig zu verkaufen. Der Gnesener landwirthschaftliche Verein sollte sich darauf beschränken, das auswärtige landwirthschaftliche Publikum auf die Gelegenheit zum Kaufe rein objektiv aufmerksam zu machen; er wird durch die damit angeregte Konkurrenz den Dank der Gläubiger verdienen und zugleich das allgemeine Interesse fördern, während die Germanisirung sich von selbst vollzieht, sofern der Deutsche den Polen an Intelligenz auf dem Gebiete der landwirthschaftlichen Technik bei Uebung einer weisen haushälterischen Sparsamkeit zu überflügeln im Stande bleibt.

Zum Verkaufe in der Substation stehen übrigens im Posenner Departement folgende Rittergüter, darunter einige zum zweiten Male: am 31. März: Miaskowo (Kr. Kosten), 36,391 Thlr.; am 9. April: Wroklowo (Krotoschin), 52,013 Thlr.; am 10. April: Stalow (Krotoschin), 56,640 Thlr.; am 5. Mai: Goreszki (Krotoschin), 56,879 Thlr.; am 15. Mai: Zimnawoda (Krotoschin), 100,068 Thlr.; am 28. Mai: Hundsfeld (Krotoschin) 59,618 Thlr.; am 17. Juli: Smogorzewo (Kröben), 106,552 Thlr.; am 18. Juli: Myslniew (Schildberg), 64,468 Thlr.; an demselben Tage: Sopotowo (Kröben), 38,098 Thlr.; am 24. Septbr.: Klein-Woslowo (Kröben), 25,473 Thlr.; am 2. Oktbr.: Wyszki (Pleschen), 32,594 Thlr.; am 3. Novbr.: Luthnia (Krotoschin), 52,473 Thlr.; noch andern steht ein ähnliches Schicksal bevor. — In den meisten Fällen muß einer der zuletzt lotirten Gläubiger ein solches Gut ersteilen, oder derartige Güter werden von einem mittellosen Figuranten erworben, für den ein fingirtes Darlehn zur Bestellung der Bietungskautions eingetragen worden ist und kommen dann wiederholt zur Substation. Unter solchen Umständen kann es nicht Sache auswärtiger Käufer sein, sich in Bietungskämpfe mit insolventen, das Gebot maßlos hinauftreibenden Konkurrenten einzulassen. Man schaffe vor allen Dingen prompte und schnelle Rechtshilfe, d. h. ein solches Substitutionsgesetz, welches den böswilligen Schuldner hindert, das Gut jahrelange zu devastiren, ehe es zum Verkauf gestellt werden kann. Haben wir ein solches Gesetz, dann werden sich auch eher auswärtige Käufer zu unter Substation stehenden Gütern finden. — Ein Plan ging früher dahin, das Gouvernement zu vermögen, die königlichen Domänen in anderen Provinzen zu veräußern und dafür größere Güter beifus Dismembration in der Provinz Posen zu erwerben. Sich mit höherer Politik zu befassen, ist nicht Aufgabe des einfachen Landwirths; gern aber wird er zur Bildung landwirthschaftlicher Filialvereine beitragen, wenn sich in Posen ein Zentralverein bildet, der die Konstituierung von Zweigvereinen anbahnt. Ein solcher Zentralverein würde auf realem Boden stehen, wenn er es versteht, zur Hebung der Landwirthschaft im Allgemeinen, so wie zur besseren Situirung seiner Mitglieder anregend beizutragen. Die Sonderung von unseren polnischen Mitbürgern auf diesem Gebiete, und die gleichzeitige Bildung eines besonderen Unterstützungsvereins für deutsche Wirthschaftsbeamte würde, den auf nationale Stärkung gerichteten Bestrebungen des anderen Lagers gegenüber, Berechtigung haben; so wie dies gleicherweise der Fall sein würde, wenn die Polen darauf ausgingen, die in deutscher Hand befindlichen Besitzungen mit besonderer Rücksicht auf Polonisirung zu erwerben.

Wollstein, 16. März. [Kleine Notizen.] In diesen Tagen hat der Reg. und Schulrath Dr. Bretner aus Posen die kath. Schulen zu Kiebel, Bomst, Schwenten und hier residirt und begab sich am Freitag von hier nach Braustadt. — Das Pferdegeschäft, das seit Monaten ganz darniederlag, ist wieder ziemlich lebhaft und namentlich nach Ackerpferden sehr reger Begehr. Dies zeigte sich deutlich auf den vor einigen Tagen stattgehabten Märkten zu Wilschowo und Grätz, wo gute Ackerpferde bis gegen 60 Thlr. galten. Die Viehpreise aller Gattungen waren noch immer sehr hoch. — Trozdem die Brennereien hiesiger Gegend fast noch einmal so viel Kartoffeln als in früheren Jahren konsumiren, sind bei uns noch sehr bedeutende Kartoffelvorräthe vorhanden, die zum größten Theile in den Gruben sehr gut überwintert haben und jetzt zu etwas erhöhten Preisen für die Provinzen Schlesien und Pommern, auch für Westfalen aufgetauft werden. — Die Hoffnung vieler Hopfenproduzenten auf Erhöhung der Preise hat sich jetzt noch nicht erfüllt; letztere sind im Gegentheil jetzt gedrückt als je. In diesen Tagen ist Hopfen von ziemlicher Qualität von einem hiesigen Kommissionär mit 12 Thlrn. pro Ztr. gekauft worden! — Mit der Aussaat der Getreide wird bei uns auf mehreren Stellen bereits vorgegangen und die der Frühgerste wird auch in einigen Tagen beginnen.

Bermischtes.

* Aus Kreis Schleusingen theilt die „Magdeb. Ztg.“ als Kuriosum mit, daß der Landrath Herold durch das Kreisblatt seine „erfolgte Verlobung zur Kenntniß sämtlicher Kreisinsassen bringt.“ (Beilage.)

Das Comité für die Expedition nach Inner-Afrika zur Aufhellung der Schicksale Dr. Bogels hat dem Herrn v. Heuglin, weil er die instruktionswidrige Reise durch Abyssinien eingeschlagen und den Zweck der Expedition aus den Augen gesetzt, die Leitung der Expedition nunmehr mittelst Schreibens vom 21. Februar entzogen und ihn zur Ablieferung der noch in seinen Händen befindlichen Ausrüstungsgegenstände u. s. w. aufgefordert. Dr. Stuedner, der sich dem Herrn v. Heuglin angeschlossen, wird von dieser Maßregel mitbetroffen.

Angekommene Fremde.

Vom 18. März.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Rittergutsbesitzer v. Grabowski aus Dolnik und Witt nebst Frau aus Bogdanowo, königl. Hütten-

direktor Stenz aus Gleiwitz, die Kaufleute Gottgetreu aus Magdeburg, Louis und Segall aus Hamburg, Girsch, Brod und Levy aus Berlin.

BUSCIPS HOTEL DE ROME. Affeturanz-Inspetktor Seelmann aus Berlin, Rittergutsbesitzer Auffat aus Labitzsch, die Kaufleute Goldbach aus Stettin, Uthoff aus Leipzig, Strdyt aus Hanau und Feist aus Mainz.

HOTEL DU NORD. Königl. Kammerherr und Rittergutsbesitzer Graf Zoltowski aus Czacz, Rittergutsbesitzer v. Koscielski aus Smielowo und Kaufmann Grunwald aus Danzig.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Gutsbesitzer v. Bojanowski aus Wojniés, Inspetktor Krüger aus Thorn, Gutsbesitzer Grunwald aus Morowino, Kommissarius Bulwin aus Pinne und Kaufmann Ebelin aus Göbau i. Pr.

SCHWARZER ADLER. Prakt. Arzt Sichoek aus Rogasen, die Rittergutsbesitzer v. Urbanowski aus Eurostowo, Rohrmann nebst Frau und Fräulein Krause aus Chrzastowo.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Frau Gutsbesitzer v. Potworowska aus Karmin, die Gutsbesitzer Bartels aus Berlin, v. Radoński aus Dominowo und v. Kowalski sen. und jun. aus Pofadowo.

BAZAR. Kreisrichter Eyskowski aus Strassburg in Westpreußen, Partikular v. Zdembiński aus Pofen, Fräulein v. Szaniacka aus Potostaw, die Gutsbesitzer v. Chlapowski aus Bonifowo und v. Stablewski aus Zalesie.

HOTEL DE PARIS. Gutsbesitzer v. Kozniwski aus Arcugowo, Frau Gutsbesitzer v. Storażewska aus Schollen, Administrator Schmidt aus Bronitzewice, Probst Bulczyński aus Nietzanowo und Bürger Fugasiński aus Kurnil.

HOTEL DE BERLIN. Rittergutsbesitzer Tschuschke aus Sieratowo, Ober-Inspetktor Schödlor aus Dzialda, Kaufmann Saadler aus Fürtz, Frau Gutsbesitzer Betram aus Budzyn und Gutsbesitzer Hoffmann aus Lucianowo.

ZUM LAMM. Förster Ködke aus Annowo und Klempnermeister Lichtwitz aus Breslau.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Provinzial-Actienbank des Grossherzogthums Posen.

Dem §. 37 des Statuts gemäss veröffentlichen wir nachstehenden Geschäftsbericht pro 1861. Die durchschnittlich im Umlauf gewesene Summe der Noten hat sich auf circa 966,200 Thlr. gehoben, der Umtausch der bei der königl. Bank angesammelten Noten auf circa Thlr. 5,165,900 vermindert. Der Gesamtumsatz betrug in Einnahme und Ausgabe Thlr. 24,540,760. An Depositen-Capitalien sind Thlr. 517,350 eingezahlt und Thlr. 413,980 zurückerhoben worden, belegt blieben Thlr. 141,430. Es wurden überhaupt 10,862 Stück Wechsel im Betrage von Thlr. 8,711,907. l. l. angekauft. Das Lombard-Darlehen betrug ultimo December 1860 Thlr. 233,590, es kamen hinzu Thlr. 1,421,230, gingen ab Thlr. 1,441,270 und verblieben Thlr. 213,550 ausgeliehen. Die Zinsen-Einnahme betrug aus dem Wechsel- und Lombard-Verkehr Thlr. 92,656. 23. l., der Zinsen- und Coursegewinn auf Effectenconto Thlr. 4629. 28. 11. Pro 1861 kommt eine Dividende von 5 1/30 Procent oder auf jede Aktie Thlr. 26. 25. zur Vertheilung.

Bilance am 31. December 1861.

Table with 4 columns: Activa, Thlr., Sgr., Pf., Passiva, Thlr., Sgr., Pf. It lists various financial items like Wechselbestände, Lombardforderungen, Aktienkapital, Banknoten, etc.

Die Auszahlung der Dividende pro 1861 mit Thlr. 26. 25 Sgr. pro Aktie erfolgt gemäss §. 45 des Statuts vom 1. Mai c. ab gegen Einlieferung des Dividendenscheins Nr. 4 hier bei unserer Kasse, in Berlin bei den Herren Julius Bleichröder & Co., Benoni Kaskel und Louis Ries & Co., in Breslau beim Schlesischen Bankverein, und ausserdem bei sämtlichen inländischen Privatbanken, an welchen Stellen auch der ausführliche Geschäftsbericht pro 1861 eingesehen werden kann.

Die Direction der Provinzial-Actienbank des Grossherzogthums Posen. Hill. Carl Grassmann.

Bekanntmachung.

Der auf den 20. d. Mts. angeetzte Termin zur Vorführung und Revision der in hiesiger Stadt vorhandenen Pferde wird aufgehoben. Der neu anzuberäumende Termin wird öffentlich bekannt gemacht werden.

Pofen, den 18. März 1862.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

In dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns Marcus Moses zu Pofen ist der bisherige einstweilige Verwalter, Auktionskommissarius Lipschitz zu Pofen zum definitiven Verwalter der Konkursmasse ernannt worden.

Pofen, den 27. Februar 1862.

Königliches Kreisgericht. Abtheilung für Zivilsachen.

Bekanntmachung.

Das dem Gustav von Gizecki gehörige Vorwerk Gyzawa, gerichtlich abgetheilt auf 32,730 Thlr. 10 Sgr. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzuliehenden Taxe, soll am 26. September 1862 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung aus dem Kaufgelden Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem unterzeichneten Gericht anzumelden.

Die dem Aufenthalte nach unbekanntem Gläubiger: Geschwister Busmann, Wilhelmine Marie Emilie, Emma Marie Auguste und Wilhelmine Emma Auguste, der Rentier Wilhelm v. Gizecki und der Partikular Rudolph Bonstedt werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Erzemeszno, 4. März 1862.

Königl. Kreisgericht, I. Abtheilung.

Freiwillige Subhastation.

Das zu Rogasen unter der Hypothekenschein-Nr. 36 belagene, früher den Wolf und Hamchen Badt'schen Eheleuten, jetzt deren Erben gehörige Grundstück, bestehend aus Wohnhaus, Speicher, Stall und Hofraum, abgetheilt auf 897 Thlr. 15 Sgr. nebst den, in demselben befindlichen Destillationsgeräthschaften, geschätzt auf 199 Thlr. 20 Sgr. soll auf Antrag der Erben am 9. Mai c. Vormittags 11 Uhr

an Gerichtsstelle hier selbst theilungshalber in freiwilliger Subhastation verkauft werden.

Hypothekenschein und Taxe des Grundstücks, sowie das Verzeichniß der Destillationsgeräthschaften, unter welchen sich eine kupferne Destillirblase nebst Schlange und Kühlfass befindet, endlich auch die Bedingungen des Verkaufs sind in unserer Vormundschafts-Registratur einzuliegen und wird bemerkt, daß das Grundstück und die Geräthschaften zusammen und getrennt zum Verkaufe gestellt werden sollen.

Rogasen am 11. März 1862.

Königliches Kreisgericht. II. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Die beim Erweiterungsbau der Krankenanstalt der Baronesin Schwestern hier selbst auszuführenden Maurer-, Zimmer- u. Schmiedearbeiten sollen auf dem Wege der Submission vergeben werden, und sind die näheren Bedingungen zur Uebernahme derselben täglich während der Vormittagsstunden in der Wohnung des Unterzeichneten, Kanonenplatz Nr. 7, einzuliegen. Darauf Reflektierende sind eingeladen, ihre Gebote schriftlich und versegelt mit der Aufschrift:

„Submissions-Offerte auf die Maurer-, resp. Zimmer- oder Schmiedearbeiten, den Krankenhausbau der Baronesin Schwestern zu Pofen betreffend.“

ebendasselbst bis zum 31. d. Mts., und zwar die Bedingungen für die Maurerarbeiten bis 9 Uhr, für die Zimmer- und Schmiedearbeiten bis 10 1/2 Uhr Morgens abzugeben.

Nachgebote während und nach diesen Terminen können nicht berücksichtigt werden.

Pofen, den 17. März 1862.

Weyer, königl. Baumeister.

Bekanntmachung.

Zur Vergebung der Lieferung von 20—25 000 Stück Osterkuchen haben wir einen Termin auf Mittwoch den 19. d. M., Nachm. 3 Uhr, in unserem Synagogenbureau anberaumt.

Zu diesem Termine werden kautionsfähige Reflektanten mit dem Bemerkten eingeladen, daß die betreffenden Bedingungen in unserem Bureau während der Amtsstunden zu erfahren sind.

Pofen, 14. März 1862.

Der Vorstand der Synagogengemeinde.

Es wird ein Gut bei einer Anzahlung von 20,000 Thlr. bis 60,000 Thlr. zu kaufen gesucht und Verkäufer gebeten, ihre Adresse unter P. P. an die Expedition dieser Zeitung zu senden.

S. Spiro, Markt 87.

Pensions- u. Halbpensionsanstalt für Mädchen jüdischen Glaubens. Dr. W. Loewenberg, Friedrichstraße 19.

Vorbereitung für jede beliebige Klasse des Gymnasiums oder der Realschule. Dr. W. Loewenberg, Friedrichstraße.

Schul- und Pensionsanzeige. In der concessioinirten Unterrichts-Anstalt in Stensches finden Schüler und Pensionäre beim Beginn des Sommer-Semesters Aufnahme. Nähere Auskunft ertheilt der Dirigent der Anstalt, Rektor Lust.

Fabrik-Etablissement.

Unterm heutigen Tage habe ich hierorts eine Dachpapp- und Asphalt-Fabrik errichtet. Ich empfehle meine Fabrikate zur Uebernahme kompletter Bedachungen und Reparaturen unter Garantie der Dauerhaftigkeit, sowie zur Ausführung aller Asphalt-Arbeiten, als Trottoirs, Isolirschieben etc. zu möglichst billigen Preisen.

Sigismund Aschheim,

Wallischebrücke, im Hause des Herrn Apothekers Reimann.

Unter der Firma Siegmund Sax habe ich hier Breslauerstraße 2 ein Schnitt- u. Modewaaren-Geschäft eröffnet, und werde ich stets bemüht sein, das mich beachrende Publikum auf das Beste und Billigste zu bedienen. Siegmund Sax, Breslauerstraße 2.

Holzjamen-Verkauf. Samen von Kiefer à Ztr. 48 Thlr., à Pfd. 15 Sgr., Fichte à Ztr. 12 Thlr., à Pfd. 4 Sgr., so wie alle anderen Laub- und Nadelholz-Sämereien verkauft unter Garantie für die Keimkraft der Förster Steinke zu Buchwald bei Schmiedeberg in Schlesien.

Auktion von Mahagoni-Tourneieren und massivem Holz.

Wittwoch am 19. März c. Vormittags werde ich im Auktionslokale Breitenstraße Nr. 20 und Büttelstraße Nr. 10 für auswärtige Rechnung eine Partie Mahagoni-Tourneiere und massives Holz gegen baare Zahlung öffentlich meistbietend verfeigern. Lipschitz, königl. Auktionskommissarius.

Baker-Guano

importirt von James R. Mc. Donald & Co., dessen Gehalt von 75 Proc. phosphors. Kalk garant. wird, ist zu beziehen aus meinem Hamburger General-Depot à 2 1/2 Thlr. pr. Ctr. pro Brutto Ctr. in Partien von 300 Ctr. an. Ueber weitere Bedingungen behufs grösserer Abschlüsse ertheilt auf Anfragen direkt Auskunft.

Hamburg. Emil Güssefeld.

Ein fünfjähriger und fünfzölliger Rappen, Wallach, Litzbauer Race, ganz gesund und fehlerfrei, sowohl zum Fahren als Reiten zu gebrauchen, steht Bäderstr. Nr. 8 zum Verkauf.

Sechs fette Ochsen, acht dergleichen Kühe, und fünf Schweine (Essex-Race, 2 Eber und 3 Säue), stehen zum Verkauf in Nitsche bei Alt-Boyen.

Sperenberger Düngergyp, vorzüglicher Qualität, ist vorrätzig und offerirt billigt. Eduard Ephraim, Hinterwallischei 114.

Vierundzwanzig Wassertrage bei Apolant werden Sonnen- und Regenschirme neu angefertigt, überzogen und reparirt.

Nouveautés für die Frühjahrs-Saison.

Mein Lager von Damen-Mänteln und Mantillen ist durch täglich eingehende Zusendungen bedeutend vergrößert, so daß ich in den Stand gesetzt bin, was Eleganz anbetrifft, jeder Anforderung zu genügen. Wollene Long-Shawls im Preise von 4 bis 12 Thlr. sind in größter Auswahl vorrätzig. Um mich ganz meinem Konfektionsgeschäfte widmen zu können, werden, um damit zu räumen, sämtliche Weißwaaren-Vorräthe zu den allerbilligsten Preisen ausverkauft.

Sigismund Stomowski, Wilhelmstraße Nr. 9, vis-à-vis Mylius Hotel.

Gesunde trockene Rapskuchen offerirt billigt Adolph Asch, Schloßstraße 5.

Gebrauchte Weinflaschen kauft Hôtel du Nord. Die so sehr beliebten Würstchen sind in und außer dem Hause zu haben. Bronkerstraße 6, in der Liqueurstube.

Warschauer Fastenprekeln (Obwarzonki) gelotten, sind täglich zu haben bei Ekerl, Bäckermeister, Dominikanerstr. 2 im Keller.

